



Institut für Föderalismus
Institut du Fédéralisme
Institute of Federalism

Universität Freiburg
Institut für Föderalismus
Av. Beauregard 1
CH – 1700 Freiburg

Kantonale Volksabstimmungen vom 9. Februar 2020 *Die Ergebnisse*

Votations cantonales du 9 février 2020 *Les résultats*

Übersicht / Aperçu

Angenommene Vorlagen sind grün, abgewiesene Vorlagen sind rot und Stimmbeteiligung blau eingefärbt.

Les textes acceptés sont signalés en vert; les textes rejetés sont signalés en rouge et la participation en bleu.

1. Änderungen von Kantonsverfassungen / Modifications des constitutions cantonales:



NE: Initiative constitutionnelle cantonale « Pour le droit de vote à 16 ans sur demande »



TI: Introduzione del principio della sussidiarietà nella Costituzione cantonale

2. Obligatorisches oder fakultatives Gesetzesreferendum / Référendum législatif, obligatoire ou facultatif :



AG: Gesetz über das Kantons- und das Gemeindebürgerrecht (KBüG) (Behördenref.)



GE: Loi modifiant la loi générale sur les contributions publiques (LCP) (Abolition de l'impôt sur les chiens) (fac.)



GE: Loi modifiant les limites de zones sur le territoire de la commune de Meyrin (création d'une zone de développement 3 située entre les chemins des Sapins, Riant-Bosquet et Terroux) (fac.)



GE: Loi modifiant les limites de zones sur les territoires des communes de Meyrin et Vernier (création de deux zones de développement 3 situées entre les chemins des Ailes, du Ruisseau et de l'Avanchet, et à l'intérieur du quartier des Avanchets) (fac.)



SO: Umsetzung der Steuerreform und der AHV-Finanzierung 2020 (Oblig.)



ZH: Gesetz über den Personentransport mit Taxis und Limousinen (PTLG) (Kantonsratsref.)



ZH: Projekt Rosengartentram und Rosengartentunnel in der Stadt Zürich;
Erlass eines Spezialgesetzes und Bewilligung eines Rahmenkredits
A. Gesetz über eine Tramverbindung und einen Strassentunnel am Rosengarten in der Stadt Zürich (Rosengarten-Verkehrsgesetz) (Volksref. + Gemeinderef.)
B. [...] (Vgl. Finanzreferendum)

3. Gesetzesinitiative / Initiatives législatives :



BS: Kantonale Initiative «Parkieren für alle Verkehrsteilnehmer»



BS: Kantonale Initiative «Zämme fahre mir besser» und Gegenvorschlag



SG: Einheitsinitiative «Behördenlöhne vors Volk»



SH: Volksinitiative «Transparenz in der Politikfinanzierung (Transparenzinitiative)»



TI: Iniziativa popolare « Le vittime di aggressioni non devono pagare i costi di una legittima difesa »



ZH: A. Volksinitiative «Für die Entlastung der unteren und mittleren Einkommen (Entlastungsinitiative)»



ZH: Volksinitiative «Mittelstandsinitiative – weniger Steuerbelastung für alle»

4. Konkordate / Concordats :



BE: Konkordat über den Wechsel der Gemeinde Clavaleyres zum Kanton Freiburg



FR: Fusion des communes de Morat et Clavaleyres : modification du territoire cantonal fribourgeois

5. Finanzreferendum / Référendum financier :



BE: Kredit für den Transitplatz in Wileroltigen (Fak.; CHF 3.33 Mio.)



GR: Gewährung eines Verpflichtungskredits für die Ausführung des Projekts «Erneuerung Tagungszentrum Plantahof am Plantahof in Landquart» (Oblig.; CHF 24.5 Mio.)



**ZH: Projekt Rosengartentram und Rosengartentunnel in der Stadt Zürich;
Erlass eines Spezialgesetzes und Bewilligung eines Rahmenkredits
A. [...] (Vgl. Gesetzesreferendum)
B. Beschluss des Kantonsrates über einen Rahmenkredit für das Gesamtprojekt
Rosengartentram und Rosengartentunnel (Volksref. + Gemeinderef.; CHF 1'100 Mio.)**

Im Detail / Dans le détail

AG



Gesetz über das Kantons- und das Gemeindebürgerrecht (KBüG)

– Änderung vom 7. Mai 2019

Stimmbeteiligung

JA (64.81%)
37.98%

Das Bundesrecht enthält die Mindestvoraussetzungen für eine ordentliche Einbürgerung von Ausländerinnen und Ausländern. Die Kantone können über diese Mindestvoraussetzungen hinaus die Erfüllung *höherer Anforderungen* für eine Einbürgerung verlangen. Dies wird vorliegend in zweierlei Hinsicht beantragt:

Einerseits soll die *Überprüfung der staatsbürgerlichen Kenntnisse* neu eine Zulassungsvoraussetzung für die Gesuchseinreichung darstellen und andererseits soll die *Wartefrist beim Sozialhilfebezug* von drei auf zehn Jahre erhöht werden. Der Grosse Rat des Kantons AG hat eine entsprechende Änderung des Gesetzes über das Kantons- und das Gemeindebürgerrecht (KBüG) am 07.05.2019 verabschiedet¹.

Überprüfung der staatsbürgerlichen Kenntnisse

Bisher absolvierten die Bewerberinnen und Bewerber einen Test über die staatsbürgerlichen Kenntnisse im Rahmen des Einbürgerungsverfahrens. Das Resultat des Tests diente den Gemeinden als Anhaltspunkt für das Einbürgerungsgespräch.

Neu soll die Prüfung der staatsbürgerlichen Kenntnisse als eigentliche Zulassungsvoraussetzung vor der Gesuchseinreichung stattfinden. Erst nach bestandener Prüfung könnte demnach ein Einbürgerungsgesuch eingereicht werden. Als staatsbürgerliche Kenntnisse gelten die Grundkenntnisse der geographischen, historischen, politischen und gesellschaftlichen Verhältnisse in der Schweiz und im Kanton AG. Nur wer diese Prüfung mit mindestens drei Viertel richtig beantworteter Fragen absolviert, könnte ein Einbürgerungsverfahren durchlaufen. Die standardisierte Prüfung würde vom Kanton zur Verfügung gestellt und durch die Gemeinden durchgeführt. Die Prüfung wäre an einem Computer zu lösen (*Multiple Choice*), wobei jeder Kandidatin und jedem Kandidaten 45 Fragen aus einer Anzahl von rund 330 möglichen Fragen nach dem Zufallsprinzip vorgelegt würden.

¹ [Gesetz über das Kantons- und das Gemeindebürgerrecht \(KBüG\)](#) vom 12.03.2013, SAR 121.200.

Dauer ohne Sozialhilfebezug vor der Einbürgerung

Das Bundesrecht sieht eine Frist von drei Jahren ohne Sozialhilfebezug vor der Gesuchseinreichung vor. Dieselbe Regelung gilt auch nach geltendem kantonalem Recht.

Gemäss der vom Grossen Rat beschlossenen Änderung sollen neu Gesuchstellerinnen und Gesuchsteller nicht eingebürgert werden, wenn sie in den zehn Jahren unmittelbar vor der Gesuchstellung oder während des Einbürgerungsverfahrens Sozialhilfe bezogen haben beziehungsweise beziehen. Sei dies gegeben, werde die Erfordernis der Teilnahme am Wirtschaftsleben oder des Erwerbs von Bildung nicht erfüllt. Ausgenommen wären Fälle, in denen die bezogene Sozialhilfe vollständig zurückerstattet wird.

Sprachliche Mindestkenntnisse

Zudem soll die im geltendem kantonalen Recht enthaltene Vorschrift zu den sprachlichen Mindestkenntnissen aufgehoben werden, da diese mit dem neuen Bundesrecht ausreichend konkret vorgegeben sind. Folglich erübrigt sich eine kantonale Regelung künftig.

Im Grossen Rat war die neue Norm zur Prüfung der staatsbürgerlichen Kenntnisse unbestritten. *Umstritten* war hingegen, wie lange die *Frist ohne Sozialhilfebezug* vor der Einreichung des Einbürgerungsgesuchs betragen soll.

Die *Mehrheit des Grossen Rats* unterstützt die Ansicht, dass mit einer zehnjährigen Frist eine notwendige Verschärfung der Einbürgerungsvoraussetzungen stattfinden soll. Mit der längeren Wartefrist werde signalisiert, dass einbürgerungswillige Personen auch entsprechende Anforderungen zu erfüllen haben und effektiv integriert sein müssen. Die gemäss Bundesrecht vorgesehenen Ausnahmen berücksichtigen spezielle Umstände für Härtefälle. Daher sei auch eine zehnjährige Frist nicht unverhältnismässig.

Von einer *Minderheit des Grossen Rats* wird es als unzweckmässig angesehen, schon nach kurzer Zeit von der vom Bund 2018 und vom Kanton 2014 eingeführten Wartefrist von drei Jahren abzuweichen. Damit würde ohne Not eine deutliche Differenz zum Bundesrecht und zum geltenden kantonalen Recht geschaffen. Zu beachten sei ferner, dass zwar die Rückzahlung der bezogenen Sozialhilfe die Wartefrist wegfallen lässt. Eine Rückzahlung dürfe in den meisten Fällen aber schwierig sein, insbesondere wenn der bezogene Lohn knapp reiche, um den Lebensunterhalt zu decken.

Die *Vertreterinnen des Behördenreferendums* argumentieren aus folgenden Gründen für die Beibehaltung der dreijährigen Frist:

- Einzubürgernde müssten mindestens zehn Jahre in der Schweiz leben und eine Niederlassungsbewilligung besitzen.
- Drei Jahre ohne Sozialhilfe würden die wirtschaftliche Integration belegen.
- Die Rückzahlungspflicht der Sozialhilfe erlosche nicht mit der Einbürgerung.
- Eine Verschärfung von drei auf zehn Jahre sei unverhältnismässig und schwer umsetzbar.
- Abklärungen zu Ausnahmebestimmungen der Teilnahme am Wirtschaftsleben über fünf Jahre hinaus seien schwierig und bedeuten einen enormen Aufwand für die Gemeinden sowie mehr Rekurse aufgrund mangelhafter Abklärungen.

Warum eine Volksabstimmung? Der Grosse Rat des Kantons AG hat am 07.05.2019 die Änderung des Gesetzes über das Kantons- und das Gemeindebürgerrecht (KBüG) mit 86 zu 50 Stimmen gutgeheissen. Gegen diesen Beschluss wurde mit 43 Stimmen das Behördenreferendum ergriffen².

² Vgl. Art. 62 Abs. 1 Bst. b der [Verfassung des Kantons Aargau](#) vom 25.06.1980, SAR 110.000.

Für weitergehende Informationen über die Abstimmung / Pour plus d'informations touchant la votation:

[Abstimmungsbroschüre](#)

[Zurück zur Übersicht / Retour à l'aperçu](#)

AI



Die Landsgemeinde 2020 findet am Sonntag, 26. April 2020, um 12 Uhr statt

[Zurück zur Übersicht / Retour à l'aperçu](#)

BE



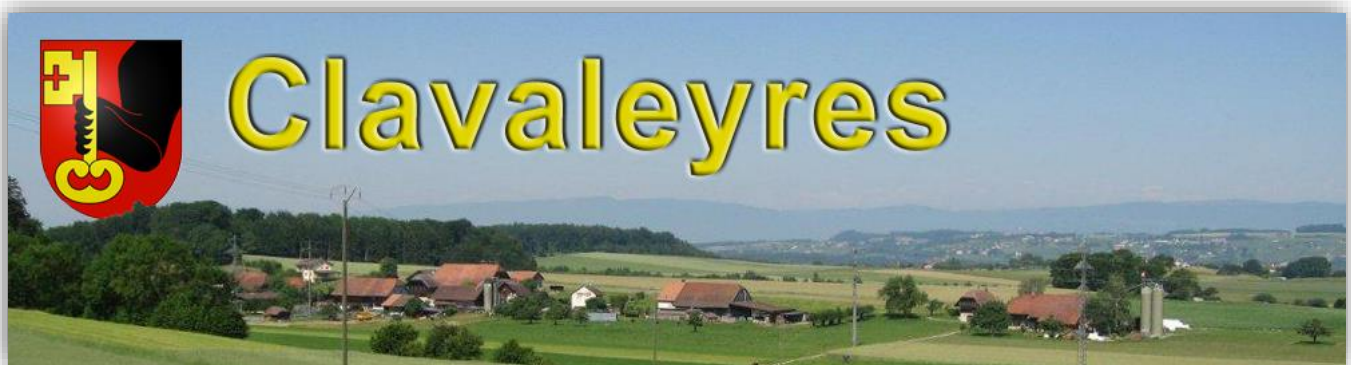
**1. Konkordat über den Wechsel der Gemeinde Clavaleyres
zum Kanton Freiburg**

JA (89.0%)
40.3%

Stimmbeteiligung

Die bernische Gemeinde Clavaleyres liegt in der Region Murten. Clavaleyres ist umgeben von freiburgischem und waadtländischem Kantonsgebiet. Das kleine Dorf hat in der Vergangenheit mehrfach erfolglos versucht, mit einer anderen Berner Gemeinde zu fusionieren. Die Freiburger Gemeinde Murten war schliesslich bereit, in Fusionsverhandlungen zu treten. Beide Gemeinden stimmten einer Fusion mit grosser Mehrheit zu.

Der Zusammenschluss bedingt einen Kantonswechsel der Gemeinde Clavaleyres in den Kanton FR. Darüber müssen die Stimmberechtigten beider Kantone abstimmen (Vgl. FR auf Seite 13).

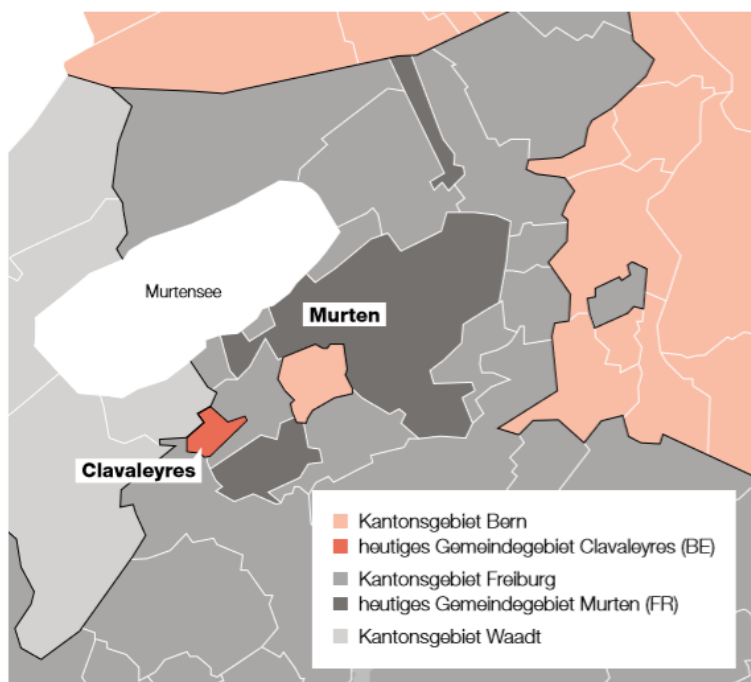


Quelle: www.clavaleyres.ch

Clavaleyres ist ein kleines Dorf in der Nähe von Murten mit rund 50 Einwohnerinnen und Einwohnern. Die Gemeinde grenzt an die Kantone FR und VD, hat jedoch keine gemeinsamen Grenzen mit anderen bernischen Gemeinden. Die nächstgelegene bernische Gemeinde ist Münchenwiler – wie Clavaleyres ebenfalls eine bernische Exklave.

Clavaleyres hat zwei Mal versucht, mit der Gemeinde Münchenwiler zu fusionieren. Die Fusionsabklärungen scheiterten am Widerstand von Münchenwiler. Letztlich zeigte sich die Freiburger Gemeinde Murten zu einem Zusammenschluss bereit. Clavaleyres erfüllt einige ihrer Aufgaben bereits seit längerer Zeit in Zusammenarbeit mit Murten, bspw. bei der Feuerwehr und der Sekundarschule. Für Clavaleyres würde ein Zusammenschluss mit Murten daher eine pragmatische und naheliegende Lösung darstellen.

Murten und Clavaleyres sind seit 2012 im Gespräch. Im Juni 2017 hat der bernische Grosse Rat die gesetzlichen Grundlagen für den Kantonswechsel von Clavaleyres genehmigt. Im September 2018 haben schliesslich die Stimmberechtigten der beiden Gemeinden der Fusion deutlich zugestimmt.



Geografische Lage der Gemeinden Clavaleyres und Murten

Quelle: Abstimmungsbroschüre S. 5

In der Grossratsdebatte stiess der Kantonswechsel von Clavaleyres auf grossmehrheitliche Zustimmung (133 gegen fünf Stimmen). Einige Mitglieder des Grossen Rates bedauerten dennoch, dass es nicht gelungen sei, eine bernische Lösung für die Gemeinde zu finden. Sie forderten, dass sich der Regierungsrat in Zukunft stärker für den Verbleib von fusionswilligen Gemeinden im Kanton BE einsetzen solle.

2. Kredit für den Transitplatz in Wileroltigen

Stimmbeteiligung

JA (53.5%)
40.2%

In der Gemeinde Wileroltigen soll beim Autobahn-Rastplatz ein Transitplatz für ausländische Fahrende erstellt werden. Der Transitplatz soll 36 Stellplätze bieten und in einem einfachen Standard gebaut werden.

Der Grosse Rat hat dem Kredit von rund CHF 3.33 Mio. für die Planung, Projektierung und Realisierung des Transitplatzes in der Gemeinde Wileroltigen mit 113 gegen 32 Stimmen bei vier Enthaltungen zugestimmt.

Gegen diesen Beschluss hat ein Komitee das Referendum ergriffen.

Jenische, Sinti und Roma mit fahrender Lebensweise geniessen einen Minderheitenschutz. Die Behörden sind gehalten, ihnen genügend Halteplätze zur Verfügung zu stellen, damit sie ihre fahrende Lebensweise beibehalten können. Den schweizerischen Fahrenden stehen im Kanton BE mehrere Plätze zur Verfügung. Ein definitiver Transitplatz für ausländische Fahrende fehlt heute im Kanton.

Südlich des Autobahn-Rastplatzes Wileroltigen soll ein Transitplatz für ausländische Fahrende geplant und gebaut werden. Der Transitplatz soll 36 Stellplätze anbieten, einen einfachen Ausbaustandard aufweisen und ausschliesslich über die Autobahn erschlossen werden.



Quelle: www.wileroltigen.ch

Ein definitiver Transitplatz soll dazu beitragen, dass ausländische Fahrende nicht mehr ohne Erlaubnis der Grundeigentümerinnen und Grundeigentümer auf öffentlichem oder privatem Land Halt machen. Solche Situationen gab es in den letzten Jahren vor allem in der Region Biel-Seeland. Ausserdem soll ein definitiver Platz einen geordneten Betrieb ermöglichen.

In der parlamentarischen Debatte im März 2019 hat die *Mehrheit des Grossen Rates* betont, dass der Kanton mit dem Bau eines Transitplatzes einem bereits lange bestehenden Handlungsbedarf gegenüber den Fahrenden nachkommt. Gemäss der Mehrheit ist der Standort ideal, weil er gut erschlossen sei und genau dort liege, wo die Fahrenden durchreisen.

Eine *Minderheit* fand die Kosten und den Ausbaustandard immer noch zu hoch. Zudem empfand sie es als undemokratisch, dass der Kanton einer kleinen Gemeinde diesen Platz aufzwingt – gegen deren ausdrücklichen Willen.

Ähnlich argumentiert auch das *Referendumskomitee* gegen den vorgesehenen Transitplatz. Die Kreditvorlage für den Transitplatz in Wileroltigen erfülle drei wichtige Kriterien nicht: Die Gemeinde sei klar

gegen den Platz, die Kosten seien nicht verhältnismässig und der Transitplatz würde auch nicht den erhofften Nutzen bringen. Das Ziel, illegale Landnahmen durch diesen Transitplatz zu verhindern, würde klar verfehlt, da die Kapazität des Platzes bei Weitem nicht ausreiche.

Der Grosse Rat empfiehlt den Stimmberechtigten des Kantons BE, den Kredit für den Transitplatz in Wileroltigen anzunehmen.

Für weitergehende Informationen über die Abstimmung / Pour plus d'informations touchant la votation:

[Botschaft des Grossen Rates](#)

[Zurück zur Übersicht / Retour à l'aperçu](#)



BS

1. Kantonale Initiative «Zämme fahre mir besser»

NEIN (65.19%)

und

Gegenvorschlag

JA (53.51%)

Stichfrage (nicht mehr ausschlaggebend)

Gegenvorschlag (64.49%)

Stimmbeteiligung

49.81%

Die *Initiative* «Zämme fahre mir besser!» verlangt eine Änderung des kantonalen Umweltschutzgesetzes³, nach welcher alle Verkehrsteilnehmenden gleich behandelt werden. Sie fordert, dass die Bestimmungen zur Lenkung, Beruhigung und Beschränkung des privaten Motorfahrzeugverkehrs aus dem Umweltschutzgesetz gestrichen werden. Ebenso soll das Ziel gestrichen werden, den privaten Motorfahrzeugverkehr um zehn Prozent zu reduzieren.

Der *Gegenvorschlag* fordert hingegen, dass der private Motorfahrzeugverkehr auch bei einem Bevölkerungs- und Wirtschaftswachstum nicht zunimmt. Darüber hinaus soll der Gesamtverkehr bis 2050 nur noch mit Verkehrsmitteln erfolgen, die emissionsarm, klima- und ressourcenschonend sind.

INITIATIVE

Das Umweltschutzgesetz BS soll entsprechend den Zielen der Initiative angepasst werden. Durch finanzielle Anreize und andere Massnahmen soll der Anteil der umweltfreundlichen Verkehrsmittel am gesamten Verkehrsaufkommen erhöht werden. Welche Massnahmen hierzu in Frage kommen, führt die Initiative nicht aus. Die Initiative streicht diejenigen Bestimmungen, die den Kanton dazu verpflichten Massnahmen zu ergreifen, um den privaten Motorfahrzeugverkehr auf Hauptstrassen zu lenken, sein Tempo zu reduzieren oder in seinem Ausmass zu verringern. Die gesetzliche Vorgabe, den privaten Motorfahrzeugverkehr langfristig zu verringern, soll ebenso wegfallen. Insbesondere soll die Zielsetzung gestrichen werden, dass der private Motorfahrzeugverkehr ausserhalb der Autobahnen bis 2020 um mindestens zehn Prozent reduziert wird. Ebenfalls gestrichen werden sollen die Bestimmung, welche

³ [Umweltschutzgesetz Basel-Stadt](#) vom 13.03.1991, SG 780.100.

Massnahmen zur Entlastung des städtischen Strassennetzes beim Ausbau von Autobahnen vorschreibt sowie diejenige zur wiederkehrenden Zählungen des Strassenverkehrs.

Das *Initiativkomitee* argumentiert für die Annahme der Initiative. Sie nehme den Volksentscheid auf, der in 2015 klar abgelehnte Initiative «Strasse teilen»⁴ zum Ausdruck kam. Mit Annahme der Initiative gebe es weder mehr Autoverkehr noch einen Ausbau der Strassen. Die Initiative wolle alle Verkehrsträger vor vermeidbaren Behinderungen schützen. Zudem soll der Anteil umweltfreundlicher Verkehrsmittel erhöht werden. Das nach Ansicht des Initiativkomitees kurzfristig nicht realisierbare Ziel, den motorisierten Verkehr um zehn Prozent abzubauen, solle aus dem Gesetz entfernt werden. Anders als die bisherige Basler Verkehrspolitik, müsse der Verkehr auf den Hauptstrassen fließen und die Quartiere entlasten. Der Vorrang des öffentlichen Verkehrs bleibe mit der Initiative vereinbar.

Der *Regierungsrat* lehnt die Initiative ab und befürwortet hingegen den Gegenvorschlag aus folgenden Gründen:

- Die Initiative gehe davon aus, dass der Verkehr am besten funktioniert, wenn keine Mobilitätsform bevorzugt werde. Dies sei grundsätzlich falsch. Ein optimales Verkehrssystem setze jedes Verkehrsmittel dort ein, wo seine Stärken liegen; eine Gleichbehandlung sei nicht zielführend. Eine dichte Stadt funktioniere am besten, wenn die flächensparenden Verkehrsmittel Tram, Bus, Velo und der Fussverkehr bevorzugt und der Autoverkehr auf das notwendige Minimum reduziert werde. Die Bevorzugung umweltfreundlicher Verkehrsmittel sei zum Vorteil aller Verkehrsteilnehmenden, da sie sauber, leise, platzsparend und kostengünstig seien.
- Trotz des Wachstums der Bevölkerung und Wirtschaft konnte der Autoverkehr auf den Stadtstrassen in den letzten Jahren reduziert werden. Eine Fortsetzung dieser bewährten Verkehrspolitik Sorge für eine hohe Lebensqualität in Basel.
- Weiter seien die 2017 vom Grossen Rat mit dem Energiegesetz beschlossenen klimapolitischen Ziele nur dann zu erreichen, wenn auch der Verkehr einen relevanten Beitrag leiste. Dem stünde die in der Initiative vorgesehenen Einschränkungen des motorisierten Individualverkehrs entgegen.

Die nachstehende Tabelle zeigt eine Gegenüberstellung über die Zielsetzungen der Bestimmungen im Umweltschutzgesetz:

Gesetz heute	Initiative	Gegenvorschlag
-10 % privater Autoverkehr auf Stadtstrassen bis 2020	Kein Ziel zum privaten Autoverkehr	Keine Zunahme des privaten Autoverkehrs auf Stadtstrassen
Anteil umweltfreundlicher Verkehrsmittel erhöhen	Anteil umweltfreundlicher Verkehrsmittel erhöhen	Bis 2050 emissionsarm, klima- und ressourcenschonend mobil sein
ÖV, Fuss- und Veloverkehr bevorzugt behandeln	Alle Verkehrsmittel gleich behandeln	Umweltfreundliche Verkehrsmittel bevorzugt behandeln

Quelle: Abstimmungsbroschüre, S. 13.

⁴ Vgl. Newsletter des Instituts für Föderalismus [«Kantonale Volksabstimmungen vom 15. November 2015 – Die Ergebnisse»](#), S. 4.

GEGENVORSCHLAG

Am 18.09.2019 hat der Grosse Rat einen Gegenvorschlag zur Initiative eingereicht. Der *Regierungsrat* und die *Mehrheit des Grossen Rates* unterstützt diesen.

Die Bestimmungen im Umweltschutzgesetz zur Umweltbelastung durch den Strassenverkehr würden den Ansprüchen an eine einfache und klare Gesetzgebung nicht mehr genügen. Zudem läuft die Frist für das bestehende Ziel, den Autoverkehr auf Stadtstrassen um zehn Prozent zu reduzieren, 2020 aus. Der Gegenvorschlag gliedert daher die Bestimmungen neu und trennt klar zwischen Zielen und Massnahmen.

Zudem übernimmt der Gegenvorschlag einige Anliegen der Initiative, wie die Anpassung des Reduktionszieles des privaten Motorfahrzeugverkehrs, den Schutz aller Verkehrsteilnehmenden vor Gefährdungen und vermeidbaren Behinderungen sowie weitere Fördermassnahmen zugunsten umweltfreundlicher Verkehrsmittel. Darüber hinaus grenzt der Gegenvorschlag den privaten Motorfahrzeugverkehr nicht mehr von anderen Verkehrsmitteln ab, sondern fördert gezielt umweltfreundliche Verkehrsmittel und Fortbewegungsarten.

Diese Anpassung berücksichtigt die Entwicklung, dass sich öffentlicher und privater Verkehr, zum Beispiel durch das Teilen von Fahrzeugen, zunehmend annähern. Der Gesamtverkehr soll bis 2050 nur noch mit Verkehrsmitteln und Fortbewegungsarten erfolgen, die wenig Lärm und wenig Schadstoffe verursachen sowie Klima und Ressourcen schonen. Um dieses Ziel zu erreichen, soll der Regierungsrat passende Zwischenziele im Einklang mit der Energiegesetzgebung festlegen. Der Gegenvorschlag greift zudem die sehr dynamische technische Entwicklung im Mobilitätsbereich auf. Der Kanton soll geeignete Massnahmen ergreifen, um innovative Mobilitätsformen und Mobilitätslösungen zu fördern, die zu einer Senkung der Umweltbelastungen beitragen.

Was bewirken die möglichen Stimmabgaben zu Initiative und Gegenvorschlag?

NEIN zur Initiative, JA zum Gegenvorschlag: Wenn die Stimmberechtigten die Initiative verwerfen und den Gegenvorschlag annehmen, wird das Umweltschutzgesetz gemäss Gegenvorschlag angepasst. Der Regierungsrat bestimmt den Zeitpunkt der Wirksamkeit der Gesetzesänderung.

JA zur Initiative, NEIN zum Gegenvorschlag: Wenn die Stimmberechtigten die Initiative annehmen und den Gegenvorschlag ablehnen, wird das Umweltschutzgesetz gemäss Initiative angepasst. Die Gesetzesänderung wird sofort wirksam.

NEIN zur Initiative, NEIN zum Gegenvorschlag: Wenn sowohl die Initiative als auch der Gegenvorschlag abgelehnt werden, bleiben die bisherigen gesetzlichen Regelungen gültig. In diesem Fall können weder die Anliegen der Initiantinnen und Initianten noch der Gegenvorschlag umgesetzt werden.

JA zur Initiative, JA zum Gegenvorschlag: Stichfrage entscheidet. Wenn sowohl die Initiative als auch der Gegenvorschlag angenommen werden, entscheidet die Stichfrage. Entscheidet sich eine Mehrheit der Stimmberechtigten bei der Stichfrage für die Initiative, erfolgt die Umsetzung der Initiative. Entscheidet sich eine Mehrheit der Stimmberechtigten bei der Stichfrage für den Gegenvorschlag, erfolgt die Umsetzung gemäss Gegenvorschlag.

Der *Regierungsrat* und die *Mehrheit des Grossen Rates* unterstützen den Gegenvorschlag, weil ihrer Ansicht nach dadurch die erfolgreiche Verkehrspolitik den aktuellen Erfordernissen des Klimaschutzes und der Innovationen im Mobilitätsbereich angepasst würde. Wirtschaft und Bevölkerung könnten

wachsen, gleichzeitig würden die negativen Auswirkungen des Verkehrs reduziert, ohne dass der motorisierte Individualverkehr gegen andere Verkehrsmittel ausgespielt werde. Der Auftrag, Zwischenziele festzulegen, ermögliche es, den heute nicht absehbaren technischen Entwicklungen Rechnung zu tragen.

Das *Initiativkomitee* wollte die Initiative nicht zurückziehen, weil der Gegenvorschlag im Widerspruch zur Initiative stehe und die aktuelle Verkehrspolitik massiv verschärfe. Das *Komitee* und eine *Minderheit des Grossen Rates* lehnen den Gegenvorschlag ab, da er die wesentlichen Forderungen der Initiative nicht berücksichtige. Zudem befürchten sie, dass damit Autos, Lastwagen und Motorräder in BS – auch wenn sie umweltfreundlich angetrieben werden – zukünftig grundsätzlich von mehreren Leuten geteilt werden und der Fahrzeugkapazität entsprechend besetzt sein sollen.

An seiner Sitzung vom 18.09.2019 hat sich der Grosse Rat bei 50 zu 41 Stimmen gegen die Initiative und für den Gegenvorschlag ausgesprochen.

2. Kantonale Initiative «Parkieren für alle Verkehrsteilnehmer»

NEIN (57.69%)

Stimmbeteiligung

49.81%

Diese Initiative verlangt eine «ausreichende» Zahl an Parkplätzen auf öffentlichem Grund. Dies sowohl für Velos als auch für den motorisierten Individualverkehr. Gewerbetreibende sollen analog zu den Anwohnerinnen und Anwohnern bevorzugt werden. Im Weiteren sollen Parkplätze, die aufgehoben werden müssen, in der Regel im Umkreis von 200 Metern gleichwertig ersetzt werden.

Die öffentlich zugänglichen Autoparkplätze sind teilweise überlastet und besonders in dicht besiedelten Wohngebieten und abends sind kaum Parkplätze zu finden. In einigen Zonen wurden 2018 mehr Anwohnerparkkarten verkauft, als effektiv Parkplätze zur Verfügung standen. Entsprechend kann grosser *Parksuchverkehr* entstehen. Die Initiative will, dass im öffentlichen Raum eine ausreichende Anzahl an Parkplätzen für Velos, für Motorräder und für Autos zur Verfügung steht. Sie lässt aber offen, was unter einer ausreichenden Anzahl zu verstehen ist. Zudem fordert die Initiative, dass Parkplätze, die aufgehoben werden müssen, in der Regel im Umkreis von 200 Metern – quantitativ und qualitativ – ersetzt werden.

Nach Auffassung des *Initiativkomitees* gibt es an Bahnhöfen und zentralen Plätzen zu wenig Veloabstellmöglichkeiten. In den Quartieren werden zudem immer mehr Parkplätze abgebaut. Mit einem Ja zur Initiative «Parkieren für alle Verkehrsteilnehmer» sollen mehr Velo-Parkflächen geschaffen und der Parkplatzabbau gestoppt werden. Gemäss Komitee seien mehr Abstellmöglichkeiten für Velofahrerinnen und Velofahrer erforderlich, um chaotische Situationen an zentralen Plätzen zu verhindern.

Der Zugang zu Parkplätzen für Autos sei zudem billiger zu werden. In BS wurden seit 2015 über 700 oberirdische Parkplätze abgebaut. Und das, obwohl sich die Stimmbevölkerung Ende 2015 deutlich gegen einen Parkplatzabbau in diesem Ausmass ausgesprochen hat (Nein zur Initiative «Strasse teilen»)⁵. Längst nicht alle können sich einen teuren unterirdischen Privatparkplatz leisten. Die Initiative soll bezahlbare Parkiermöglichkeiten für alle Verkehrsteilnehmenden ermöglichen.

⁵ Vgl. Newsletter des Instituts für Föderalismus [«Kantonale Volksabstimmungen vom 15. November 2015 – Die Ergebnisse»](#), S. 4.

Indem der Parkplatzabbau gestoppt werde, können zudem die Quartiere vor dem zunehmenden Suchverkehr geschützt werden. Falls Parkplätze für Velos oder Motorfahrzeuge abgebaut werden müssen, seien diese zu ersetzen. Sei dies in einem bestimmten Umkreis nicht möglich, sehe die Initiative explizit Ausnahmeregelungen vor. Die Umsetzung erfolge daher pragmatisch, quartierverträglich und umweltbewusst.

Auch der *Regierungsrat* möchte eine genügende Parkplatzanzahl, um einen hohen Parksuchverkehr in den Quartieren zu verhindern. Allerdings sollen Parkplätze nicht primär zu Lasten der Allgemeinheit auf öffentlichem Grund, sondern in erster Linie auf Privatareal erstellt werden. Der Ersatz wegfallender Parkplätze sei nicht realistisch. Der Regierungsrat lehnt die Initiative daher aus folgenden Gründen ab:

- Die Verkehrssicherheit führe dazu, dass auch künftig Parkplätze entfallen müssen. Ein gleichwertiger Ersatz werde im öffentlichen Raum innerhalb von 200 Metern wegen Platzmangels in der Regel nicht möglich sein. Die Forderung würde somit zu einem generellen Verbot führen, Parkplätze aufzuheben. Insgesamt habe in den letzten Jahren die Zahl der Parkplätze zugenommen. Die entfallenden Strassenparkplätze wurden mit zusätzlichen Parkplätzen auf Privatarealen kompensiert.
- Gewerbetreibende können heute bereits eine Anwohnerparkkarte für Geschäftsfahrzeuge beziehen und mit einer Gewerbeparkkarte im Rahmen ihrer Tätigkeiten erleichtert parkieren. Eine weitere Bevorzugung wäre nur zu Lasten der Anwohnerinnen und Anwohner möglich. Künftig soll die Auslastung der Strassenparkplätze überall auf 90 bis 95 Prozent reduziert werden, jeder zehnte bis zwanzigste Parkplatz wäre damit frei. Um dieses Ziel zu erreichen, hat der Regierungsrat bereits die Tarife der Parkkarten erhöht.
- Zudem möchte er den Bau von Quartierparkings verstärkt fördern. Eine entsprechende Vorlage sei derzeit beim Grossen Rat hängig.

An seiner Sitzung vom 18.09.2019 hat sich der Grosse Rat bei 54 zu 36 Stimmen gegen die Initiative ausgesprochen.

Für weitergehende Informationen über die Abstimmung / Pour plus d'informations touchant la votation:

[Abstimmungserläuterungen](#)

[Zurück zur Übersicht / Retour à l'aperçu](#)

FR



Fusion des communes de Morat et Clavaleyres : modification du territoire cantonal fribourgeois (cf. également BE en p. 6)

Participation

**OUI (96.2%)
36.1%**

La commune de Clavaleyres compte une cinquantaine d'habitantes et habitants. Elle forme une enclave bernoise de 101 hectares entre le canton de FR (communes de Courgevax et de Courtepin) et le canton de VD (commune de Faoug).

Depuis plusieurs années, Clavaleyres cherchait à fusionner avec une autre commune. Ses tentatives de fusion avec une commune bernoise ont cependant échoué. La commune entretenant de très



UNIVERSITÉ DE FRIBOURG FACULTÉ DE DROIT
UNIVERSITÄT FREIBURG RECHTSWISSENSCHAFTLICHE FAKULTÄT

nombreuses collaborations avec la commune de Morat (protection incendie, scolarité secondaire, etc.), elle a finalement opté pour un projet de fusion intercantonale avec cette dernière.

En novembre 2013, l'assemblée communale de Clavaleyres a décidé de préparer une fusion avec Morat. En avril 2014, le Conseil général de Morat a accepté à l'unanimité de mener des négociations dans ce sens. Depuis 2014, les deux cantons ont entrepris d'importants travaux afin de préparer cette fusion. En septembre 2018, les citoyennes et citoyens de Morat et de Clavaleyres ont largement approuvé la convention de fusion de leurs deux communes⁶.



Source : Brochure d'explications, p. 4

Ensemble, les deux communes formeront une commune d'environ 8'300 habitants. La fusion entrera en vigueur après l'approbation par l'Assemblée fédérale de la modification territoriale. En fonction du temps nécessaire pour obtenir la décision fédérale après l'approbation par les deux cantons, celle-ci pourrait intervenir le 01.01.2022.

La fusion des communes de Clavaleyres et de Morat nécessite une modification du territoire des cantons de BE et de FR. En mars 2018, le Grand Conseil FR a adopté la loi *ad hoc*, donnant les bases légales pour cette modification territoriale et la fusion des deux communes⁷.

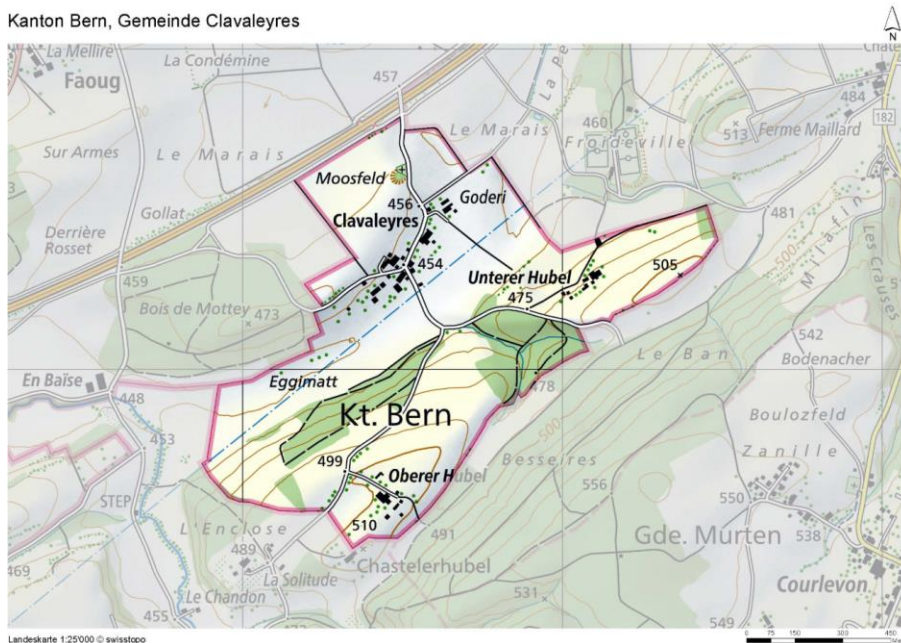
En mars 2019, les Gouvernements BE et FR ont signé un concordat, que les Parlements ont approuvé durant l'été 2019⁸. Ce concordat, qui est maintenant soumis au vote, constitue la base de la modification du territoire cantonal FR. Elaboré conjointement par les deux cantons, il se limite à des questions fondamentales, tout en renvoyant à de futures conventions intercantionales le règlement des détails. Il est soumis aux citoyennes et citoyens des deux cantons le même jour.

⁶ Les citoyens de Morat ont accepté la fusion à 92.4%, tandis que ceux de Clavaleyres ont dit oui à 82.4%. La participation s'est élevée à respectivement 35.6% et 89.7%. Cf. [24Heures](#), du 23.09.2018.

⁷ Il s'agit de la [Loi sur l'accueil de la commune municipale bernoise de Clavaleyres par le canton de Fribourg et sa fusion avec la commune de Morat](#) du 23.03.2018, RSF/SGF 112.7.

⁸ Le Grand Conseil fribourgeois a approuvé l'adhésion au concordat à l'unanimité et sans abstention.

Kanton Bern, Gemeinde Clavaleyres



Source : [Etat de Fribourg](#)

Petit rappel historique :

La fusion de Clavaleyres avec Morat constituera la première modification territoriale du canton de FR depuis plus de deux siècles. La dernière, en 1807, portait d'ailleurs sur la même région, puisque les territoires des actuelles communes bernoises de Clavaleyres et de Villars-les-Moines, rattachés quelques années plus tôt au canton de FR, avaient été finalement inclus dans celui de BE, à la demande des communes concernées.

Pourquoi une votation ? La législation bernoise impose que l'adhésion au concordat soit soumise à un vote populaire. Par souci de respecter un parallélisme entre les deux cantons, le Conseil d'Etat FR a décidé de soumettre également l'adhésion au concordat à un vote populaire. Le principe de ce référendum obligatoire a été intégré dans la loi sur l'accueil de la commune municipale bernoise de Clavaleyres par le canton de FR et sa fusion avec la commune de Morat. Les Fribourgeoises et Fribourgeois peuvent ainsi également exprimer leur avis sur cet acte qualifié par les autorités cantonales de « symboliquement historique ».

Für weitergehende Informationen über die Abstimmung / Pour plus d'informations touchant la votation :

[Brochure d'explications](#)

[Zurück zur Übersicht / Retour à l'aperçu](#)

1. Loi modifiant la loi générale sur les contributions publiques (LCP) (Abolition de l'impôt sur les chiens) (D 3 05 – 12246) du 1^{er} mars 2019 **NON (67.26%)**
Participation **43.12%**

Cette loi a pour objectif de *supprimer* l'impôt cantonal sur les chiens, dû par tout détenteur.

L'impôt cantonal sur les chiens s'élève à CHF 50.- pour le premier chien, CHF 70.- pour le deuxième chien, CHF 100.- pour le troisième chien et les suivants. A cet impôt cantonal s'ajoutent les centimes additionnels communaux. La taxe destinée à lutter contre les épizooties, de CHF 4.- par chien, ainsi que la taxe destinée à la couverture des dommages provoqués par les chiens errants, de CHF 1.- par chien, sont prélevées indépendamment de l'impôt cantonal.

Cette loi a fait l'objet d'un référendum.

Une *majorité du Grand Conseil* estime qu'il convient de mettre fin à un impôt désuet qui crée une inégalité de traitement entre les propriétaires de chiens et ceux d'autres animaux de compagnie, le chien ne provoquant pas plus de nuisances que les autres. Cet impôt punirait également les personnes faisant le choix de prendre un chien, souvent en provenance d'un refuge pour animaux, qui se voit ainsi offrir la chance d'une nouvelle vie. L'impôt pourrait dissuader ces personnes de posséder un chien, alors qu'il conviendrait plutôt d'encourager la possession d'un chien au vu de son rôle social.

La majorité du Grand Conseil souligne également que l'abolition de cet impôt ne mettrait pas en péril les finances de l'Etat, puisque cet impôt rapporte une somme avoisinant 0.025% du budget de l'Etat de GE. Il en irait de même pour le budget des communes, ces dernières pouvant aisément prendre en charge au travers du revenu de l'impôt des personnes physiques la mise à disposition et l'entretien de parcs à chiens, la fourniture de sachets de ramassage et le nettoyage de l'espace public.

L'impôt sur les chiens en chiffres :

Les recettes comptabilisées pour cet impôt en 2017 et ces taxes se détaillent comme suit :
CHF 1'209'340.- pour l'impôt cantonal,
CHF 823'176.- pour l'impôt communal,
CHF 96'452.- pour la taxe destinée à lutter contre les épizooties,
CHF 24'113.- pour la taxe destinée à la couverture des dommages provoqués par les chiens errants.

Les dépenses liées à la perception de cet impôt sont estimées à CHF 123'250.-, et ce sur des recettes totales de CHF 2'153'081.-.

Le nombre de contribuables propriétaires de chiens s'élève à 20'719 sur un total de 296'468, soit une part de 7.0% des contribuables GE. Dans ces 7.0% de contribuables propriétaires de chiens, les tranches d'âge les plus représentées sont les 40-64 ans et les 65-79 ans. En termes de groupes socio-économiques, il y a une forte représentation d'indépendants, de rentiers et de contribuables propriétaires de leur logement.

Pour finir, concernant la taxe pour le fonds cantonal des épizooties et celle pour l'assurance contre les dommages causés par les chiens errants perçues en plus de l'impôt sur les chiens, la majorité du Grand Conseil mentionne que d'autres modes de perception sont envisageables. A titre d'exemple, les propriétaires de poules reçoivent une facture uniquement pour le paiement de la taxe pour le fonds cantonal des épizooties et ne sont soumis à aucun autre impôt.

Une *minorité du Grand Conseil* s'oppose à cette loi. Elle considère que la possession d'un chien est un libre choix qui implique une certaine responsabilité par rapport aux coûts que cela engendre pour la collectivité publique. Ces coûts sont supportés par les communes et cette loi ferait diminuer leurs moyens financiers en supprimant une manne fiscale, même si elle n'est pas très élevée. En outre, elle déresponsabiliserait les propriétaires de chiens, la possession engendrant des coûts pour la collectivité.

Par ailleurs, la minorité relève que, d'un point de vue sociologique, les propriétaires de chiens sont sur-représentés chez les personnes plutôt âgées, indépendantes ou rentières, propriétaires de leur logement, et surtout chez les personnes aisées. Pour les personnes bénéficiaires de l'aide sociale, les dépenses relatives à l'entretien des chiens sont prises en compte dans le calcul du forfait d'entretien, conformément aux recommandations de la Conférence suisse des institutions d'action sociale (CSIAS).

Le *Conseil d'Etat* s'oppose également à cette loi, tout en se montrant conscient du rôle important que remplissent les chiens dans notre société.

- Premièrement, l'impôt sur les chiens ne semble pas constituer un obstacle à l'acquisition ou à l'adoption d'un chien. En effet, son abolition ne vise pas particulièrement à aider les propriétaires de chiens bénéficiaires de l'aide sociale.
- Deuxièmement, la loi 12246 aurait pour effet de pénaliser les communes en diminuant leurs moyens financiers pour la mise à disposition et l'entretien de parcs à chiens, pour la fourniture de sachets de ramassage et pour le nettoyage de l'espace public.
- Finalement, la taxe pour le fonds cantonal des épizooties et la taxe pour l'assurance contre les dommages causés par les chiens errants sont perçues avec l'impôt sur les chiens. La recette de ces taxes est proche du coût de leur perception. La loi 12246 ne règle pas la question de l'encaissement futur de ces taxes.

Finalement, le *comité référendaire* rappelle que cet impôt au montant fixe ne vise pas à pénaliser les propriétaires de chiens mais à contribuer au coût pour les collectivités publiques qu'engendrent ces animaux. Le payer serait donc un acte responsable et civique. Au surplus :

- La propreté des rues a un coût, notamment la mise à disposition de petits sacs plastiques sert à inciter les propriétaires à ramasser les déjections de leur animal. Mais comme les déjections canines sont encore très fréquentes sur les trottoirs, des coûts de nettoyage sont inévitables.
- Parmi les missions des agents de polices municipales, il faut relever entre autres la surveillance du domaine public, qui comprend notamment un volet canin : chiens non tenus en laisse dans des lieux inadaptés (par exemple les aires de jeux d'enfants), déjections non ramassées, contrôle des médailles, prévention avec les propriétaires de chiens etc.
- Le canton est obligé de contribuer à un fonds concernant les épizooties. La perception de ces taxes, avec la disparition de l'impôt sur les chiens, reviendrait plus cher à l'Etat que les modestes recettes engendrées.
- Les communes seraient les grandes perdantes de la suppression de cet impôt, puisque la plupart perçoivent un impôt additionnel sur les chiens. Or, à aucun moment elles n'ont été consultées. Pourtant, ce sont elles qui assument la plus grande partie des charges liées aux chiens. Il s'agirait donc d'un report de charge vers celles-ci.

La loi 12246 a été adoptée par le Grand Conseil lors de sa séance du 01.03.2019 par 49 oui contre 39 non.

2. Loi modifiant les limites de zones sur le territoire de la commune de Meyrin (création d'une zone de développement 3 située entre les chemins des Sapins, Riant-Bosquet et Terroux) (12136) du 10 avril 2019

NON (55.71%)
43.12%

Participation

La loi 12136 a pour objet une modification des limites de zones visant la création d'une zone de développement 3 (ZD3), en lieu et place de la zone 5 actuelle destinée principalement aux villas, entre les chemins des Sapins, Riant-Bosquet et Terroux, sur le territoire de la commune de Meyrin (secteur de Cointrin situé à l'est de l'avenue Louis-Casaï).

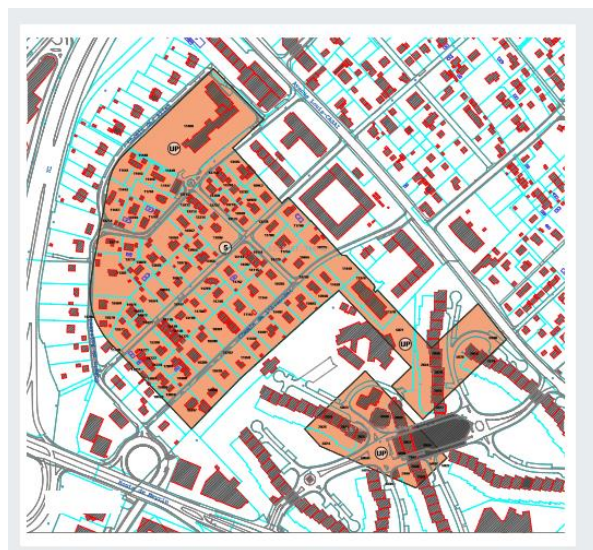
Situé entre autoroute et aéroport, ce projet a fait l'objet d'un référendum.

Initiée dès 2006, cette démarche de modification des limites de zones a été enrichie dès 2012, dans le cadre du grand projet «Vernier-Meyrin-Aéroport», d'un travail partenarial entre le canton et la commune de Meyrin sur le type d'urbanisation souhaité en matière de formes urbaines, d'environnement et de mobilité.



PL 12136

Source : brochure cantonale, p. 23 et 38



PL 12137

La transformation de ce périmètre devrait se réaliser de façon très progressive vers un quartier à dominante de logements (potentiel d'environ 1'000 logements et 300 emplois à terme). L'évolution du

quartier devrait se faire dans le respect du rythme que souhaiteront donner les propriétaires fonciers en ce qui concerne le devenir de leur parcelle.

Les questions relatives au bruit des avions ont été particulièrement débattues. Les autorités estiment que le secteur de Cointrin bénéficiera directement de la réduction des émissions sonores que l'aéroport devra respecter à l'horizon 2030, conformément aux objectifs fixés dans la convention de 2019 liant le canton de GE et l'aéroport⁹. De plus, il a été démontré, dans le cadre d'une étude spécifique commandée par le canton, que l'urbanisation future n'entraînera pas d'augmentation significative des nuisances sonores dues aux réflexions du bruit des avions dans le quartier.

Le *Conseil municipal de la commune de Meyrin* a rendu en 2016 une décision favorable au projet de modification des limites de zones. Des conditions ont également été posées, demandant notamment le respect, lors de l'élaboration des plans localisés de quartier (PLQ) à venir, des orientations qualitatives définies depuis 2012 : diversité des formes urbaines, nouveaux espaces publics, ambition environnementale pour les nouveaux quartiers (végétalisation, gestion de l'eau, énergie).

Une *première minorité du Grand Conseil* préconise de renoncer à la modification des limites de zones. Elle considère que l'urbanisation plus forte du secteur générerait une amplification du bruit des avions comportant des risques pour la santé des habitants. Elle s'oppose à un canton surdensifié, au détriment de la zone 5 qui garantit une certaine mixité sociale et de la verdure urbaine, ainsi qu'un substrat fiscal non négligeable. Par ailleurs, du fait qu'ils se verraient imposer des règles de plafonnement fixant le prix de leur terrain à une valeur inférieure à celle du marché, les petits propriétaires subiraient un préjudice financier important. Enfin, le besoin de construction de logements au sein du canton devrait être réexaminé.

Une *seconde minorité du Grand Conseil* insiste sur l'importance de conserver le poumon de verdure que constitue la zone villas. Elle souhaite également que des propriétés par étages (PPE) soient prévues dans la zone.

Le *Conseil d'Etat* soutient la loi 12136. Les différentes planifications successives ont en effet identifié ce secteur comme une opportunité cohérente de mutation permettant de créer des logements, tout en développant les espaces publics, les espaces verts, l'accès aux transports en commun et les modes de déplacement doux. Une diversité de logements pourrait être réalisée et une meilleure occupation du sol des périmètres déjà situés en zone à bâtir permettrait en outre de limiter l'étalement urbain et de préserver la zone agricole.

Le *comité référendaire*, composé d'associations locales apolitiques et hors partis, défend un habitat responsable qui ne mette pas en péril la santé des Genevois, qui préserve la qualité de vie, le climat et la biodiversité. Il déplore le fait que l'Etat veuille développer un quartier mixte à dominante résidentielle à 50 mètres de l'autoroute et à 700 mètres des pistes de l'aéroport alors que ces zones sont connues pour leurs pollutions.

Par ailleurs, les quartiers de Cointrin abondent en arbres et biodiversité, que le projet supprimerait. Or, la végétation filtre les polluants et les poussières. Les arbres contribuent à abaisser la température et à éviter les îlots de chaleur. Les matériaux comme le béton et le bitume stockent la chaleur durant la journée et la restituent durant la nuit par rayonnement.

⁹ Cf. la [Convention d'objectifs entre la République et Canton de Genève, soit pour elle le Conseil d'Etat, représenté par le Département des infrastructures, et l'Aéroport international de Genève \(ci-après "AIG", avril 2019.](#)

Finalement, il serait déraisonnable de construire une soi-disant « vitrine économique » constituée de quartiers mixtes à dominante résidentielle, alors que des locaux commerciaux inoccupés seront construits, 320'000m² de bureaux vides étant déjà recensés.

3. Loi modifiant les limites de zones sur les territoires des communes de Meyrin et Vernier (création de deux zones de développement 3 situées entre les chemins des Ailes, du Ruisseau et de l'Avanchet, et à l'intérieur du quartier des Avanchets) (12137) du 10 avril 2019

NON (55.32%)
43.12%

Participation

Cette loi a pour objet une modification des limites de zones entre les chemins des Ailes, du Ruisseau et de l'Avanchet, et à l'intérieur du quartier des Avanchets, sur les communes de Meyrin et Vernier. Elle entend créer deux zones de développement 3, qui permettraient la planification d'un quartier accueillant des logements, des activités et des équipements publics, en lieu et place de zones 5 actuelles destinées principalement aux villas.

Situé entre autoroute et aéroport, ce projet a lui aussi fait l'objet d'un référendum.

La loi vise essentiellement à autoriser le principe de la construction d'un nouveau quartier, en prévoyant des espaces publics, des espaces verts, des dessertes en transports publics renforcées, des aménagements pour les piétons et les vélos, des équipements publics. A terme, environ 1'300 logements pourraient être créés.

Ce projet a fait l'objet d'un travail en commun avec les autorités communales depuis 2012, afin de définir les qualités souhaitées du futur quartier.

Les Conseils municipaux de Vernier et de Meyrin ont rendu en 2016 des délibérations favorables au projet. L'organe délibératif meyrinois reprend, dans ses conditions, les orientations qualitatives définies depuis 2012. La mise en œuvre du projet intégrera par ailleurs une démarche de concertation avec la population concernée.

Pour ce qui concerne les arguments en faveur du projet et contre celui-ci, ils sont identiques aux arguments visant le projet précédent (cf. N° 2 p. 19), tant il est vrai qu'ils s'inscrivent tous les deux dans la même zone géographique.

La loi 12137 a été adoptée par le Grand Conseil lors de sa séance du 10.04.2019 par 70 oui contre 23 non et 2 abstentions.

Für weitergehende Informationen über die Abstimmung / Pour plus d'informations touchant la votation:

[Brochure cantonale](#)

[Zurück zur Übersicht / Retour à l'aperçu](#)

GL



Die Landsgemeinde 2020 findet am Sonntag, 3. Mai 2020, um 9.30 Uhr statt

[Zurück zur Übersicht / Retour à l'aperçu](#)

GR



Gewährung eines Verpflichtungskredits für die Ausführung des Projekts

«Erneuerung Tagungszentrum Plantahof am Plantahof in Landquart»

JA (81.31%)
34.16%

Stimmbeteiligung

Die Gebäude des Tagungszentrums des landwirtschaftlichen Bildungs- und Beratungszentrum Plantahof in Landquart weisen nach über 40 Jahren Betrieb grosse Mängel auf. Die Gebäude sollen deshalb abgebrochen werden und Neubauten weichen. Die Investitionskosten des Neubauprojekts belaufen sich auf CHF 24.5 Mio.

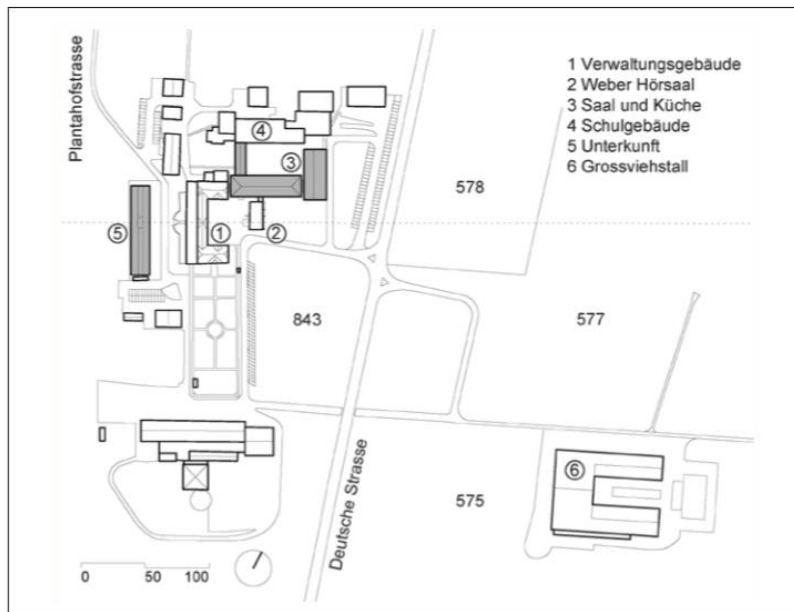


Quelle: www.suedostschweiz.ch

Der Plantahof hat als landwirtschaftliches Kompetenzzentrum eine führende Stellung in der Deutschschweiz und besitzt als Bildungs- und Beratungsinstitution eine überregionale Bedeutung. Durch seine verschiedenen Tätigkeiten hat sich der Plantahof auch zu einem erfolgreichen Tagungszentrum in der Landwirtschaft entwickelt, das eine hohe Auslastung aufweist.

Die Gebäude des Tagungszentrums bzw. der Saal, die Küche und die Unterkunft, welche verschiedenen Nutzergruppen dienen, weisen nach über 40 Jahren Betrieb grosse Mängel auf. Sie entsprechen in mancher Hinsicht nicht mehr den heute gültigen Vorschriften und Standards. Die Gebäude sollen deshalb abgebrochen werden und Neubauten weichen. Eine Renovation der Gebäude wurde im Vorfeld ebenfalls geprüft. Diese schnitt aus wirtschaftlicher und betrieblicher Sicht aber schlechter ab als die Neubauvariante.

Mit den Ersatzneubauten, welche im Minergie®-P-Eco-Standard ausgeführt werden sollen, könnten die infrastrukturellen Defizite am Plantahof behoben und flexibel nutzbare Räumlichkeiten bereitgestellt werden. Gleichzeitig sollen mit dem Projekt die gesetzlichen Vorgaben vollumfänglich erfüllt werden. Die Investitionskosten des Neubauprojekts belaufen sich auf CHF 24.5 Mio.



Situationsplan Plantahof mit Ergänzungsneubauten

Quelle: Erläuterungen des Grossen Rates, S. 4

Der Grosse Rat hat dem Kredit mit 109 zu 0 Stimmen bei 2 Enthaltungen zugestimmt.

Warum eine Volksabstimmung? Der Beschluss untersteht gestützt auf Art. 16 Ziff. 4 der Kantonsverfassung dem obligatorischen Finanzreferendum¹⁰.

Für weitergehende Informationen über die Abstimmung / Pour plus d'informations touchant la votation:

[Kantonale Volksabstimmung](#)

[Zurück zur Übersicht / Retour à l'aperçu](#)

¹⁰ [Verfassung des Kantons Graubünden](#) vom 14.09.2003, BR 110.100.

Initiative constitutionnelle cantonale « Pour le droit de vote à 16 ans sur demande »

NON (58.52%)
35.22%

Participation

Cette initiative demande que la Constitution de la République et Canton de NE¹¹ soit modifiée afin que les Suissesses et les Suisses domiciliés dans le canton ou de l'étranger, ainsi que les étrangères et les étrangers domiciliés dans le canton depuis au moins cinq ans et au bénéfice d'une autorisation de séjour, puissent participer aux votations et élections au niveau cantonal dès l'âge de 16 ans révolus pour autant qu'ils *demandent expressément* leur inscription au registre électoral de leur commune de domicile.

L'initiative ne prévoit pas que ceux-ci puissent être éligibles.

Elle est soutenue par les autorités.

L'objectif de cette initiative est d'encourager les jeunes dès 16 ans qui se sentent prêts à assumer leurs responsabilités, de susciter leur intérêt pour la chose publique, d'intensifier leur engagement dans la société neuchâteloise et de leur octroyer la possibilité de s'exprimer grâce aux outils démocratiques institutionnels sur les sujets de proximité qui les touchent directement.

Une modification *ad hoc* de la loi cantonale sur les droits politiques a d'ores et déjà été votée par le Grand Conseil. Celle-ci élargit les droits des jeunes au niveau communal et sera mise en vigueur uniquement en cas d'acceptation de l'initiative. Cet élargissement du corps électoral toucherait aujourd'hui environ 4'000 jeunes citoyennes et citoyens âgés de 16 à 18 ans.

L'abaissement du droit de vote à 16 ans : un sujet d'actualité dans le canton de NE :

La question de l'abaissement du droit de vote à 16 ans a été examinée à plusieurs reprises en un peu plus de cinq ans par le Grand Conseil NE.

En *novembre 2013* d'abord, une motion populaire favorable au vote dès 16 ans, appuyée par le Conseil d'État, a essuyé un premier refus du Parlement par 59 voix contre 52.

En *avril 2015* ensuite, une pétition lancée lors de la Session des jeunes, soutenant le droit de vote à 16 ans sur demande, a été classée par le Grand Conseil par 55 voix contre 51.

Ces deux échecs ont poussé les organisations de jeunes de différents partis à lancer une initiative populaire qui a rapidement récolté plus de 6'600 signatures. Déposée à la chancellerie d'État en novembre 2016, elle a été acceptée par le Grand Conseil à 59 voix contre 46. La récurrence dans un temps court de ce sujet et les résultats serrés au Parlement démontrent la nécessité et l'actualité du débat¹².

Source : *Vot'info*

¹¹ [Constitution de la République et Canton de Neuchâtel \(Cst. NE\)](#), du 24.09.2000, RSN 101.

¹² A noter qu'une initiative « Stimmrecht mit 16 » a été rejetée dans le canton de BL le 04.03.2018 avec 84.45% de NON pour une participation de 51.29% ; cf. la Newsletter de l'Institut du Fédéralisme [« Les votations cantonales du 4 mars 2018 – Les résultats »](#), page 11.

Partageant l'opinion des *initiants*, le *Conseil d'État* pense que l'abaissement de l'âge du droit de vote à 16 ans sur demande est un projet mûr dans la société neuchâteloise. Cette idée serait en totale adéquation avec l'évolution de la démographie et des besoins de la société actuelle. Elle permettrait d'équilibrer les effets démographiques caractérisés par l'allongement de l'espérance de vie et renforcerait la responsabilité de la jeunesse, son intégration et son implication dans son lieu de vie.

Dès 16 ans, les jeunes assument de nouvelles responsabilités (majorité religieuse, majorité sexuelle, entrée dans la vie active, obligation fiscale), il semble donc évident que ces devoirs, qui engagent un raisonnement et une maturité, soient assortis du droit de vote pour celles et ceux qui souhaitent s'impliquer pour leur avenir et celui des leurs.

La *Commission cantonale de la jeunesse* se prononce également en faveur de cette initiative ; ses membres estiment qu'on ne peut plus douter de la volonté des jeunes à contribuer à la vie politique. Par ailleurs, tout investissement dans la société neuchâteloise par les institutions démocratiques renforcerait les valeurs traditionnelles chères à la République et Canton de NE.

C'est pourquoi, le Conseil d'État et la majorité du Grand Conseil invitent à voter OUI au droit de vote à 16 ans sur demande.

Für weitergehende Informationen über die Abstimmung / Pour plus d'informations touchant la votation:

[Vot'info](#)

[Zurück zur Übersicht / Retour à l'aperçu](#)

SG



Einheitsinitiative «Behördenlöhne vors Volk»

NEIN (53.04%)

Stimmbeteiligung

38.32%

Diese Initiative verlangt die Schaffung von gesetzlichen Grundlagen, damit die Bürgerschaft der Gemeinden bei der Besoldung der von ihr gewählten Behördemitgliedern mittels fakultativem oder obligatorischem Referendum mitbestimmen kann. Die Initiative wird im Wesentlichen damit begründet, dass die heutige Regelung aus direktdemokratischer Sicht unbefriedigend sei.

Regierung und Kantonsrat lehnen die Initiative ab und verzichten darauf, einen Gegenvorschlag zu unterbreiten.

Das geltende Gemeindegesetz sieht vor, dass Reglemente über das Dienst- und Besoldungsverhältnis von Behördemitgliedern von der obligatorischen Abstimmung und vom fakultativen Referendum ausgenommen sind¹³. Den Inhalt der Reglemente kann die Bürgerschaft nicht direkt beeinflussen. Die Zuständigkeit für den Erlass der Reglemente liegt beim Rat¹⁴ bzw. beim Stadtparlament. Mit der heute

¹³ [Gemeindegesetz](#) vom 21.04.2009, sGS 151.2.

¹⁴ Nach dem erläuternden Bericht bezeichnet in dieser Vorlage der Begriff «Rat» die Exekutiv-Gremien der Gemeinden, also Gemeinderat, Stadtrat, Schulrat oder Verwaltungsrat (bei Ortsgemeinden, Korporationen und Zweckverbänden).

geltenden Regelung ist es somit nicht möglich, auf die Entlohnung von Behördemitgliedern mittels Referendum oder Initiative Einfluss zu nehmen.

Allerdings können neue Aspekte und Vorschriften, die zu Mehrausgaben bei den Behördenlöhnen führen, erst umgesetzt werden, wenn die Bürgerschaft für das erste Vollzugsjahr den Kredit beschlossen hat. Eine Erhöhung der Besoldung muss somit durch das in der Gemeindeordnung vorgesehene Verfahren genehmigt werden. In der Regel werden neue Ausgaben mit dem Budget durch die Bürgerversammlung bzw. das Parlament beschlossen. Denkbar sind aber je nach Höhe der Besoldungserhöhung auch eine Beschlussfassung mittels fakultativem Referendum, einem separaten Beschluss an der Bürgerversammlung bzw. des Parlaments oder einem Beschluss an der Urne.

Transparenz ist für die Regierung und den Kantonsrat bereits ein wichtiges Anliegen. Der Kantonsrat beauftragte deshalb die Regierung, eine Vorlage zu unterbreiten, durch welche die Gemeinden verpflichtet werden, die Besoldung der von der Bürgerschaft gewählten Behördemitglieder in geeigneter Form zu veröffentlichen.

Die Einheitsinitiative «Behördenlöhne vors Volk» hat folgenden Wortlaut:

«Der Kantonsrat schafft die gesetzlichen Grundlagen, damit die Bürgerschaft in den Gemeinden bei der Besoldung der von ihr gewählten Behördemitglieder mittels Referendum mitbestimmen kann. Dabei sollen die Gemeinden jeweils in der Gemeindeordnung festlegen können, ob Entscheide über diese Besoldungsverhältnisse dem obligatorischen oder dem fakultativen Referendum unterstehen.»

Der *Kantonsrat* empfiehlt die Ablehnung der Initiative, namentlich aus folgenden Gründen:

- Eine übergeordnete demokratische Mitbestimmung sei heute schon gegeben.
- Keine unverhältnismässig hohen Löhne von Behördemitgliedern seien bekannt.
- Der Rat ist für die Organisation der Gemeinde zuständig und somit solle er auch für die Besoldung zuständig sein.
- Ein stimmiges Lohngefüge zwischen Behörden und Verwaltungspersonal sei wichtig.
- Eine Verpolitisierung der Löhne durch Bestrafungsaktionen für unpopuläre Entscheide sei zu vermeiden.

Das *Initiativkomitee* argumentiert aus folgenden Gründen für die Annahme seiner Initiative:

- Die Löhne des Verwaltungspersonals und anderer Gemeindeangestellten sind von der Initiative nicht betroffen.
- Die Initiative würde nicht den «Neid» gegenüber den Behörden fördern; vielmehr soll sie die direkte Demokratie stärken, indem sie den Stimmberechtigten die Möglichkeit gebe, über die mit ihren Steuergeldern finanzierten Löhne mitzubestimmen.
- Es brauche die Initiative, auch wenn das Budget der Gemeinden schon heute der Genehmigung des Stimmvolks unterliege. Die Stimmberechtigten können im Rahmen des Budgets zwar über den gesamten Besoldungskredit entscheiden, nicht aber über die Höhe der einzelnen Löhne der Gemeindebehörden. Genau das wolle die Initiative ändern.

Der Kantonsrat lehnte am 16.09.2019 diese Einheitsinitiative mit 84:21 Stimmen ohne Gegenvorschlag ab. Nach dem Gesetz über Referendum und Initiative hat die Regierung, wenn der Kantonsrat eine Initiative ohne Gegenvorschlag ablehnt, ohne weiteres die Volksabstimmung anzuordnen¹⁵.

Für weitergehende Informationen über die Abstimmung / Pour plus d'informations touchant la votation:

[Kantonale Abstimmungsbroschüre](#)

[Zurück zur Übersicht / Retour à l'aperçu](#)

SH



Volksinitiative «Transparenz in der Politikfinanzierung (Transparenzinitiative)»

Stimmbeteiligung

**JA (53.8%)
63.9%**

Die Initiative verlangt, dass natürliche und juristische Personen, wie alle Parteien, Gruppierungen, Kampagnenkomitees und dergleichen, die Finanzierung von Wahl- und Abstimmungskämpfen, die in die Kompetenz von Kanton und Gemeinden fallen, offenlegen müssen.

Unter die Offenlegungspflicht fallen aber auch Einzelpersonen, die mit eigenen oder fremden Geldern ebenfalls Wahlen und Abstimmungen unterstützen.

Laut dem *Initiativkomitee* werden Abstimmungen und Wahlen von immer mehr Werbung in Form von Plakaten, Flyern und Zeitungen begleitet. All diese Werbeformen wollen die Stimmberechtigten von einer Meinung überzeugen. Unklar bleibt jedoch oft, wessen Interessen hinter einer bestimmten Meinungsbildung stecken. Bislang bestehe im Kanton SH keine Verpflichtung, die finanziellen Quellen und Interessensbindungen offenzulegen.

Teil(un)gültigkeit:

Bei der Prüfung der Gültigkeit der Initiative hat der Kantonsrat festgestellt, dass der zwingende Wahlausschluss aller Kandidierenden einer Partei oder Gruppierung bei Verletzung von Offenlegungspflichten bundesrechtswidrig ist. Der in Art. 37a Abs. 5 Satz 1 der Initiative vorgesehene generelle Ausschluss aller Kandidierenden einer Partei, auch wenn nur ein Kandidierender die Offenlegungspflicht verletzt, kommt einer Kollektivstrafe gleich. Dieser Satz wurde durch den Kantonsrat für ungültig erklärt und gestrichen, weil er gegen die Wahl- und Abstimmungsfreiheit sowie den Grundsatz der Verhältnismässigkeit gemäss Bundesverfassung verstösst. Im Übrigen ist die Initiative gültig.

Quelle: Abstimmungs-Magazin, S. 5

¹⁵ Vgl. Art. 48 Abs. 2 [Gesetz über Referendum und Initiative \(RIG\)](#) vom 27.11.1967, sGS 125.1.

Damit das Vertrauen in die politischen Prozesse wieder gestärkt werde, braucht es nach Auffassung des Initiativkomitees mehr Transparenz über die Herkunft der finanziellen Ressourcen. Spenden ab CHF 3'000.- sollen neu deklariert werden. Wer also bereit ist, höhere Summen in die Hand zu nehmen und damit die Meinungsbildung zu beeinflussen, sollte zu seiner Meinung stehen und für die gesamte Bevölkerung einsehbar sein.

Die Initiative wurde im *Kantonsrat* kontrovers beraten. Es wurde *Verständnis* für das Anliegen der Initianten nach mehr Transparenz hinsichtlich der Herkunft der finanziellen Mittel bei Wahl- und Abstimmungskämpfen gezeigt. Es sei nicht zu verkennen, dass in den vergangenen Jahrzehnten die finanziellen Aufwendungen für Wahl- und Abstimmungskampagnen auf Stufe Bund, Kanton und Gemeinde zugenommen haben.

Interkantonaler Vergleich:

Weder auf nationaler Ebene noch im Kanton SH gibt es bisher gesetzliche Regelungen, welche die Parteienfinanzierung oder die Finanzierung von Wahl- und Abstimmungskampagnen betreffen. Auf kantonaler Ebene haben die drei Kantone TI, NE und GE Regelungen bezüglich der Transparenz der Finanzierung von Wahl- und Abstimmungskampagnen erlassen.

In den Kantonen FR und SZ wurden jeweils Transparenz-Initiativen in der Volksabstimmung vom 04.03.2018 angenommen¹⁶, im Kanton SZ wurde das die Einzelheiten regelnde Gesetz in der Volksabstimmung vom 19.05.2019 angenommen. Das Gesetz wurde mit Beschwerde beim Bundesgericht angefochten. Im Unterschied zum Initiativtext im Kanton SH fallen im Kanton SZ allerdings nur Parteien und politische Gruppierungen, Kampagnenkomitees, Lobbyorganisationen und sonstige Organisationen, nicht jedoch natürliche Personen, unter die Offenlegungspflichten.

Quelle: *Abstimmungs-Magazin*, S. 5

Die *Mehrheit des Kantonsrats* hat sich gegen die Volksinitiative ausgesprochen. In der Diskussion im Kantonsrat wurden namentlich folgende beiden Gründe für eine Ablehnung aufgeführt:

- Die Umsetzung der Initiative sei sehr aufwendig und mit erheblichen Schwierigkeiten verbunden. Die Kontrolle und Administration aller in der Initiative vorgesehenen Elemente würde zu einer Aufblähung der Bürokratie sowohl bei der Verwaltung als auch den Parteien führen. Bei den jährlich im Kanton und in allen Gemeinden zum Teil gleichzeitig stattfindenden Sachabstimmungen und Wahlen wäre der entsprechende Aufwand – auch für die Budgetierung und Rechnungslegung – von den Parteien und der kontrollierenden Stelle kaum zu bewältigen, wenn dafür nicht erhebliche zeitliche und personelle Ressourcen zur Verfügung stünden.
- Für die korrekte Umsetzung der Initiative müsste ein obligatorisches Anmeldeverfahren für alle Wahlen auf Kantons- und Gemeindeebene eingeführt werden. Bei allen Majorzwahlen im Kanton SH gebe es aktuell kein obligatorisches Anmeldeverfahren für eine Kandidatur in dem Sinne, dass nur angemeldete Personen gültig gewählt werden können. Deshalb wäre eine Offenlegung der Interessenbindung vor einer Kandidatur bzw. Wahl nach dem geltenden Wahlrecht gar nicht in allen Fällen möglich.

¹⁶ Vgl. Newsletter des Instituts für Föderalismus [«Kantonale Volksabstimmungen vom 4. März 2018 – Die Ergebnisse»](#).

Entwicklungen auf Bundesebene:

Die Volksinitiative «Für mehr Transparenz in der Politikfinanzierung» kam am 10.10.2017 zustande. Demnach solle der Bund Vorschriften zur Offenlegung der Finanzierung von politischen Parteien sowie von Wahl- und Abstimmungskampagnen auf Bundesebene erlassen. Der Bundesrat lehnte die Volksinitiative ab, weil eine nationale Regelung der Parteienfinanzierung und der Finanzierung von Wahl- und Abstimmungskampagnen kaum mit den Eigenheiten des schweizerischen politischen Systems vereinbar sei. Die Transparenz-Initiative wird nun im Parlament beraten. Das Stimmvolk wird 2020 oder 2021 entscheiden.

Quelle: Informationen von www.parlament.ch

Der Kantonsrat beschloss mit 35:20 Stimmen, die Initiative den Stimmberechtigten mit dem Antrag auf Ablehnung zu unterbreiten.

Für weitergehende Informationen über die Abstimmung / Pour plus d'informations touchant la votation:

[Abstimmungs-Magazin](#)

[Zurück zur Übersicht / Retour à l'aperçu](#)

SO



Umsetzung der Steuerreform und der AHV-Finanzierung 2020

JA (73.0%)
36.21%

Stimmbeteiligung

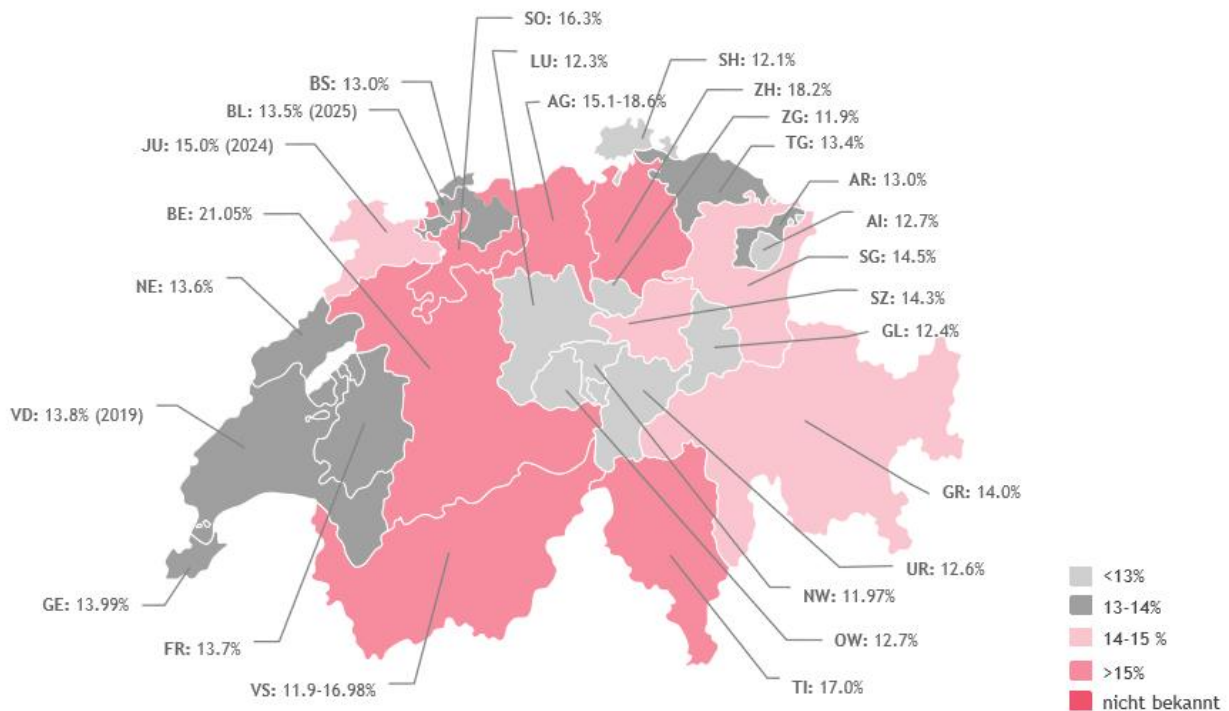
Am 28.09.2018 haben die Eidgenössischen Räte das Bundesgesetz über die Steuerreform und die AHV-Finanzierung (STAF) verabschiedet. Am 19.05.2019 hat das Schweizer Stimmvolk diese Vorlage mit 66.4% der Stimmen gutgeheissen. Das Bundesgesetz ist am 01.01.2020 in Kraft getreten. Auf diesen Zeitpunkt müssen die Kantone ihr Recht anpassen.

Die erste kantonale Vorlage zur Umsetzung der bundesrechtlichen Vorgaben lehnte das Solothurner Stimmvolk am 19.05.2019 mit 51.4% der Stimmen ab¹⁷. Die vorliegende zweite Vorlage setzt die bundesrechtlichen Vorgaben ebenso um und soll soweit möglich rückwirkend auf den 01.01.2020 in Kraft gesetzt werden. Im Unterschied zur ersten Vorlage senkt der Kanton SO die Gewinnsteuer weniger stark auf neu 15.4% (Basis Steuerfuss der Stadt Solothurn Stand 2019, bisher maximal 21.4%).

Auch diese Vorlage führt zu erheblichen Mindererträgen für Kanton und Gemeinden, die aber als wichtige Investition für den künftigen Wohlstand des Kantons betrachtet werden. Damit könnte der Kanton SO

¹⁷ Vgl. Newsletter des Instituts für Föderalismus [«Kantonale Volksabstimmungen vom 19. Mai 2019 – Die Ergebnisse»](#).

seine Attraktivität als Steuerstandort erhalten. Um die Reform finanziell und sozial verträglich zu gestalten, wird sie auch diesmal mit einer Reihe weiterer Massnahmen verbunden.



Quelle: STAF – Vorgesehene Gewinnsteueransätze (2020)¹⁸

Zur Gegenfinanzierung soll die Vermögenssteuer für Vermögen von über CHF 1 Mio. und die Teilbesteuerung von Dividenden erhöht werden. Weiter sollen Personen mit tiefem Einkommen bei der Einkommenssteuer entlastet und der Abzug für die Kosten der familienergänzenden Kinderbetreuung erhöht werden. Die von der Steuerreform begünstigten juristischen Personen sollen neu Beiträge für die Finanzierung der bestehenden Ergänzungsleistungen für Familien leisten. Der Kanton soll den Gemeinden die zu erwartenden Mindererträge kombiniert mit einer Härtefallregelung während acht Jahren weitgehend ausgleichen.

Der *Regierungsrat*, die *Mehrheit im Kantonsrat* sowie *sämtliche im Kantonsrat vertretenen Fraktionen* befürworten die Vorlage aus folgenden Gründen:

- Sie bewahre die steuerliche Attraktivität des Kantons SO als Wirtschaftsstandort und setze die Vorgaben des Bundesrechts um.
- Sie helfe Arbeitsplätze zu erhalten, indem sie für Unternehmen ein steuerlich günstiges Umfeld schafft.
- Die Senkung der Gewinnsteuer für das Halten im Kanton SO ansässiger Unternehmen sei von grosser Bedeutung.
- Vermögende Personen würden einen bedeutenden Beitrag zur Kompensation der Mindererträge leisten.

¹⁸ [BDO AG, Stefan Piller, Leiter Steuern & Recht Zürich-Ostschweiz.](#)

- Unternehmer zahlen über die Erhöhung der Teilbesteuerung von Dividenden höhere Steuern als Ausgleich für die Senkung der Gewinnsteuer.
- Rund 40'000 Einwohner/-innen mit kleinen Einkommen würden steuerlich entlastet.
- Die Vereinbarkeit von Familie und Beruf im Kanton SO werde mit der Verdopplung des Steuerabzugs für externe Familienbetreuung gefördert.
- Die Wirtschaft finanziere mit über CHF 7 Mio. die Ergänzungsleistungen für Familien und leiste einen Beitrag zur Entlastung des Kantons.
- Die Gemeinden erhalten vom Kanton einen grosszügigen Ausgleich für die Mindererträge; sie erhalten damit Zeit, um sich an die neue Situation anzupassen.
- Der Kanton könne die Mindererträge, die in den ersten Jahren zu erwarten seien, mit dem vorhandenen Eigenkapital finanzieren, ohne dass Steuererhöhungen oder Massnahmenpläne nötig seien.
- Insgesamt handle es sich um ein ausgewogenes Gesamtpaket zum Wohle des ganzen Kantons.

Trotz der überwiegenden Zustimmung zur Vorlage wurden im Kantonsrat auch *kritische Stimmen* laut: Zum einen wurden die zu erwartenden Mindererträge als zu hoch eingestuft. Zum andern wurde die Gewinnsteuersenkung als zu wenig stark gerügt. Die Erhöhung der Vermögenssteuer sowie die Erhöhung der Teilbesteuerung von Dividenden wurde ebenfalls kritisiert. Ausserdem wurde auch die Erhöhung der FAK-Beiträge für juristische Personen als nicht gewerbefreundlich bezeichnet.

Finanzielle Auswirkungen im Überblick

In CH Mio.	Jahr 2020		Jahr 2021		Jahr 2022	
	Kanton	Gemeinden	Kanton	Gemeinden	Kanton	Gemeinden
Juristische Personen	-33.5	-36.6	-37.4	-40.9	-41.9	-45.6
Bundessteueranteil	+14.7		+14.7		+14.7	
Gegenfinanzierung ¹⁹			+6.9	+8.0	+6.9	+8.0
Kapitaleinlageprinzip	+1.7	+1.2	+1.7	+1.2	+1.7	+1.2
Entlastung Einkommensteuer	-5.3	-6.0	-5.3	-6.0	-5.3	-6.0
FAK-Beiträge ²⁰			+7.0		+7.0	
Minderertrag	-22.4	-41.4	-12.4	-37.7	-16.9	-42.4
Finanzieller Ausgleich an Gemeinden	-26.3	+26.3	-23.2	+23.2	-27.1	+27.1
Total Minderertrag	-48.7	-15.1	-35.6	-14.5	-44.0	-15.3

Quelle: Abstimmungsbroschüre, S. 7

¹⁹ Steuererhöhungen werden nicht rückwirkend in Kraft gesetzt und wirken deshalb erst ab 2021.

²⁰ Auch die Erhöhung der FAK-Beiträge kann erst ab 2021 umgesetzt werden.

Der Kantonsrat hat der Vorlage am 12.11.2019 mit einem Verhältnis von 85 Ja- zu 1 Nein-Stimme zugestimmt.

Warum eine Volksabstimmung? Der Kantonsrat hat die Vorlage gemäss Art. 35 Abs. 1 Bst. k der Verfassung des Kantons SO von sich aus dem obligatorischen Referendum unterstellt²¹, weil er bereits die erste Vorlage, die vom Solothurner Stimmvolk am 19.05.2019 abgelehnt wurde, dem obligatorischen Referendum unterstellt hatte.

Für weitergehende Informationen über die Abstimmung / Pour plus d'informations touchant la votation:

[Kantonale Abstimmungszeitung](#)

[Zurück zur Übersicht / Retour à l'aperçu](#)

TI



1. Introduzione del principio della sussidiarietà nella Costituzione cantonale del 14 dicembre 1997

Partecipazione

SI (53.1%)
37.9%

Il principio della sussidiarietà prevede che le prestazioni erogate al cittadino devono competere alle autorità territorialmente più prossime. Se l'erogatore del servizio non è in grado di svolgere da sé i compiti attribuitigli, a titolo sussidiario subentrano altri livelli istituzionali. La proposta di ancorare nella Costituzione cantonale il principio della «sussidiarietà» ha origine dall'iniziativa parlamentare «Non solo sussidi ma anche sussidiarietà»²² che chiedeva la modifica della Legge sui sussidi cantonali. L'iniziativa auspicava una maggiore collaborazione tra pubblico e privato nel soddisfare i bisogni dei cittadini.

I favorevoli a questa iniziativa ci tengono a sottolineare che il principio di sussidiarietà esprime l'idea che lo Stato deve svolgere le proprie attività quanto più vicino possibile alla cittadinanza per massimizzare l'effetto e la partecipazione al processo politico. La premessa di questo pilastro del federalismo elvetico è che, per ogni compito assegnato agli enti pubblici, esiste un livello statale meglio in grado di svolgerlo. Questo concetto costituisce uno dei meccanismi basilari per il funzionamento della nostra democrazia diretta.

Sempre secondo i favorevoli nonostante il fatto che l'attuale legislazione cantonale sino ad ora però, non menziona esplicitamente il principio di sussidiarietà tra i principi che fondano l'attività del Cantone, il

²¹ [Verfassung des Kantons Solothurn \(KV\)](#) vom 08.06.1986, GS 111.1. Die erwähnte Bestimmung lautet:

«Art. 35 *Obligatorische Volksabstimmungen*

¹ Der obligatorischen Volksabstimmung unterliegen: [...]

k) Beschlüsse, die der Kantonsrat von sich aus der Volksabstimmung unterstellt.»

²² Rapporto del Consiglio di Stato sull'iniziativa parlamentare 24 settembre 2012 presentata nella forma elaborata da Sergio Morisoli per la modifica della Legge sui sussidi cantonali « Non solo sussidi ma anche sussidiarietà » ; messaggio del 11.02.2014, n° 6909 ; non sembra scaricabile elettronicamente.

principio di sussidiarietà ha applicazioni diffuse e quotidiane, non solo per ripartire i compiti tra Cantone e Comuni, ma anche nelle relazioni con la società civile.

Per i favorevoli all'iniziativa dire «Sì» all'inserimento di questo principio nella Costituzione significherebbe riconoscere esplicitamente uno dei principi fondamentali alla base della ripartizione dei compiti all'interno dello Stato federale.

Gli *opponenti* sostengono che si tratta di una modifica inutile e pericolosa.

Il principio di sussidiarietà è già iscritto nella Costituzione federale e significa che un'autorità politica non assume compiti che possono essere svolti da un'altra autorità a livello più basso: Si tratta di un principio, detto anche «sussidiarietà verticale». Inoltre, e qui sta la differenza secondo le *opinioni contrarie* la, proposta su cui i cittadini dovranno votare vorrebbe introdurre un principio di sussidiarietà supplementare, detto «orizzontale», per cui lo Stato non dovrebbe più occuparsi di tutto quello che i privati potrebbero fare. Questo varrebbe a prescindere dalle decisioni politiche sul ruolo dello Stato nell'educazione pubblica, nella medicina pubblica, nei media ecc. La proposta metterebbe dunque a rischio, l'equilibrato sistema istituzionale esistente.

Inoltre fanno valere che ogni grande principio costituzionale è limitato e relativizzato da una base legale sufficientemente chiara, una ponderazione degli interessi pubblici e dal rispetto della proporzionalità. Questo per evitare abusi e per evitare che sia applicato e interpretato in modo estensivo. Il principio proposto sarebbe invece assoluto. La sussidiarietà orizzontale porta a una visione secondo cui tutti i compiti, gli scopi e gli obiettivi, anche sociali, dello Stato dovrebbero essere svolti dai privati o in concorrenza col pubblico. I contrari all'iniziativa sono dell'opinione che con la modifica costituzionale in verità si vuole cedere ai privati la gestione di varie politiche pubbliche: dell'alloggio, della formazione, delle cure mediche, delle case anziani, delle cure a domicilio, delle mense, degli asili nido, dei doposcuola.

Viene anche criticato che nel testo in votazione mancano elementi per precisare e delimitare il principio di sussidiarietà orizzontale. Altre Costituzioni cantonali che prevedono forme di sussidiarietà orizzontale invece li prevedono, per esempio SG: «La legge stabilisce a quali condizioni e con quali obiettivi l'adempimento di compiti dello Stato possa essere delegato a privati e in tal ambito disciplina la tutela giurisdizionale e la vigilanza»²³. Precisioni di questo genere mancano nella proposta sottoposta al voto popolare, che per questo, secondo le opinioni contrarie sarebbe dunque da respingere perché risulta essere inutile, monca e pericolosa.

Il 12.03.2019 il Gran Consiglio ha accolto la modifica della Costituzione del 14.12.1997 con 41 sì e 33 no. Il Gran Consiglio e il Consiglio di Stato raccomandano di accogliere la modifica della Costituzione cantonale.

2. Iniziativa popolare « Le vittime di aggressioni non devono pagare

i costi di una legittima difesa »

Partecipazione

NO (50.3%)
37.93.%

L'iniziativa popolare legislativa elaborata chiede l'adozione di una *nuova legge cantonale* denominata «Legge sul rimborso spese per i procedimenti connessi alla legittima difesa». L'unico articolo della legge proposta prevede che:

²³ Art. 25 cpv. 3 [Costituzione del Cantone di San Gallo](#), del 10.06.2001, RS 131.225 (traduzione). Per la versione originale in lingua tedesca: [Verfassung des Kantons St. Gallen](#).

«Il Cantone ad ogni persona residente in Ticino che è stata assolta o contro cui il procedimento nei suoi confronti è stato abbandonato da un'autorità penale svizzera per i reati commessi in stato di legittima difesa, in stato di necessità o più in generale per essere stata indotta dalle circostanze a commettere un'azione per respingere un'aggressione ingiusta o la minaccia ingiusta di un'aggressione imminente fatta a sé o ad altri, rimborsa a tariffa piena l'integralità di tutte le spese procedurali, dei disborse e delle spese per la difesa di fiducia causati dalla procedura dinanzi alle autorità di perseguimento penale, alle autorità giudicanti penali e al Tribunale federale, comprese anche le procedure per i casi bagatellari e per i casi semplici».

Il *comitato promotore dell'iniziativa* fa valere che il Cantone è responsabile della sicurezza sul territorio. Ma la Polizia non può essere presente sempre e dappertutto. Per una questione di principio è giusto che lo Stato si assuma almeno i costi dell'avvocato di fiducia di quelle persone che, costrette a difendere sé stesse o terzi da un aggressore che viene poi ferito o ucciso, vengono assolte per legittima difesa. Infatti, già oggi, in caso di assoluzione, lo Stato si assume tutti i costi dell'avvocato d'ufficio. Per cui si tratterebbe solo di estendere questa prestazione pure a chi preferisce (o in certi casi deve) farsi difendere da un avvocato di fiducia.

Inoltre sempre secondo il comitato promotore sarebbe assolutamente falso sostenere che questa iniziativa potrebbe indurre la gente a farsi giustizia da sé, facendo libero uso delle armi. Infatti, essa non modifica in alcun modo il Codice penale e non prevede alcuna impunità per chi si difende con un uso eccessivo della violenza.

Secondo il *Consiglio di Stato* l'iniziativa verrebbe applicata «in pochi casi». Il comitato promotore ne deduce che l'aggravio finanziario per il Cantone sarebbe quindi irrilevante. Inoltre in caso di pretese manifestamente eccessive o abusive l'autorità penale potrebbe ridurre l'indennizzo appellandosi all'«abuso di diritto»²⁴.

Nelle discussioni commissionali e parlamentari sono state espresse anche *opinioni contrarie* a proposito di questa iniziativa. Secondo i loro argomenti all'attuazione di questa iniziativa si oppongono motivi di natura legislativa e giuridica e di formulazione. Il sistema attuale prevede già la concessione di un'indennità per le spese sostenute in caso di assoluzione o di proscioglimento. Inoltre l'assistenza giudiziaria copre già oggi le spese legali e procedurali a favore di chi presenta una situazione finanziaria precaria.

Da un punto di vista pratico, la nuova legge rischia di legittimare comportamenti violenti e di incentivare i cittadini a farsi giustizia da sé, facendo libero uso delle armi.

Sempre secondo i contrari la legge proposta favorisce chi viene assolto o prosciolto in un contesto di legittima difesa rispetto a tutti gli altri casi di assoluzione e proscioglimento. Si crea così una categoria privilegiata di persone assolte, ovvero coloro che commettono una fattispecie penalmente perseguibile per difendere sé stessi o terzi. La loro posizione diventa paradossalmente migliore persino rispetto a chi è accusato a torto di tali fatti – magari a seguito di una denuncia mendace o campata in aria – o risulta completamente estraneo. Per costoro vi saranno indennizzi decisamente meno generosi.

Infine, secondo le opinioni contrarie, l'iniziativa prevede una soluzione di rimborso delle spese che viola il diritto federale. Secondo quest'ultimo, i casi semplici e bagatellari, non sono rimborsati nemmeno in caso di assoluzione. L'iniziativa invece imporrebbe non solo che questi procedimenti vengano rimborsati dallo Stato, ma che lo siano integralmente e a qualsiasi tariffa. Non viene lasciato nessun margine di apprezzamento alle autorità. Dunque con l'iniziativa, lo Stato si troverebbe a dover rimborsare anche

²⁴ Art. 2 cpv. 2 del [Codice civile svizzero](#), del 10.12.1907; RS 210: «Il manifesto abuso del proprio diritto non è protetto dalla legge.»

tariffe superiori, privilegiando di nuovo le procedure in cui è riconosciuta la legittima difesa per rapporto ad altri tipi di assoluzione o abbandoni.

Il Gran Consiglio e il Consiglio di Stato raccomandano di respingere l'iniziativa.

Für weitergehende Informationen über die Abstimmung / Pour plus d'informations touchant la votation:

[Opuscolo informativo](#)

[Zurück zur Übersicht / Retour à l'aperçu](#)

ZH



1. Gesetz über den Personentransport mit Taxis und

Limousinen (PTLG)

Stimmbeteiligung

JA (52.63%)
43.43%

Mit diesem neuen Gesetz soll das Taxi- und Limousinenwesen für den ganzen Kanton ZH einheitlich geregelt werden. Der Kantonsrat hatte den Regierungsrat beauftragt, eine Gesetzesvorlage auszuarbeiten, die das Taxiwesen bloss in den Grundzügen regelt, den freien Marktzugang sicherstellt und sich positiv auf die Qualität der Angebote auswirkt. Der entsprechende Gesetzesentwurf des Regierungsrates für ein Taxigesetz baute auf der heute geltenden Zuständigkeit der Gemeinden auf, legte aber für den ganzen Kanton einheitliche Anforderungen an die Bewilligungen fest. Der Kantonsrat fügte weitere Ergänzungen an.

Gegen das neue Gesetz wurde das Kantonsratsreferendum ergriffen²⁵.

Mittels einer Motion²⁶ hatte der Kantonsrat den Regierungsrat beauftragt, ihm eine Gesetzesvorlage zu unterbreiten, die das Taxiwesen in minimalster Form kantonal regelt, weil seit einigen Jahren ein Qualitätsverlust (unter anderem mangelnde Sprach- und Ortskenntnisse, Sauberkeit von Fahrzeugen, fehlende Kindersitze, Verweigerung von Kurzfahrten) im Taxigewerbe zu beobachten sei. Das neue Gesetz solle dabei insbesondere den freien Marktzugang sicherstellen, die rechtlichen Zulassungsvoraussetzungen sowie die sicherheitsbezogenen Pflichten für das Taxigewerbe regeln und gleichzeitig eine hohe Qualität sicherstellen. Der Gesetzesentwurf des Regierungsrates sah vor, den Vollzug des Taxiwesens bei den Gemeinden zu belassen, die Bewilligungen jedoch für den ganzen Kanton einheitlich zu regeln.

Dem Kantonsrat ging der Entwurf zu wenig weit. Er ergänzte die Gesetzesvorlage um *zwei wesentliche Punkte*: *Erstens* dehnte er den Anwendungsbereich des Taxigesetzes auf Limousinendienste aus, worunter unter anderem auch Angebote zur Personenbeförderung von Unternehmen wie Uber fallen. Für solche Dienste sieht das nun zur Abstimmung gelangende Gesetz eine *Meldepflicht* sowie eine Pflicht zur *Kennzeichnung* der Fahrzeuge mit einer Plakette vor. Das neue Gesetz erhielt deshalb die

²⁵ Vgl. Art. 33 Abs. 2 Bst. c der [Verfassung des Kantons Zürich](#) vom 27.02.2015, LS 101. 45 Mitglieder des Kantonsrates können eine Volksabstimmung verlangen.

²⁶ Vgl. [Motion 113/2013 – Kantonale Regulierung für liberalisierten Taximarkt](#), vom 08.04.2013.

Bezeichnung «Gesetz über den Personentransport mit Taxis und Limousinen (PTLG)». *Zweitens* soll der Kanton sowohl die Bewilligungen im Bereich Taxiwesen vergeben als auch den Verwaltungsvollzug für das Taxi- und das Limousinenwesen übernehmen.

Kantonales Gesetz regelt Taxi- und Limousinendienste inkl. und insb. Uber & Co.:

Mit dem neuen Gesetz über den Personentransport mit Taxis und Limousinen soll das Taxi- und Limousinenwesen für den ganzen Kanton ZH geregelt werden. Vorgesehen ist bspw. ein *Taxiausweis* für das Führen eines Taxis und eine *Taxifahrzeugbewilligung*, die beide vom Kanton ausgestellt werden. Das Gesetz schreibt zudem für alle Taxis im Kanton ZH den Einbau eines Taxameters und die Montage einer Taxilampe vor. Den Gemeinden verbleiben nur noch wenige Aufgaben wie zum Beispiel im Bereich der Standplatzbewilligung.

Das neue Gesetz gilt nicht nur für Taxis, sondern auch für den *Personentransport mit Limousinen*. Darunter fallen u.a. *App-basierte Fahrdienste* sowie andere Transportunternehmen, die Limousinendienste anbieten. Sie unterscheiden sich von Taxis vor allem dadurch, dass sie keine Taxilampe und keinen Taxameter haben, aber auch keine Taxistandplätze benützen dürfen, um auf Kundschaft zu warten.

Nach dem neuen Gesetz müssen alle Limousinen mit einer Plakette gekennzeichnet werden, und wer Limousinendienste ausführt oder anbietet, muss die entsprechenden Fahrerinnen und Fahrer, Fahrzeuge sowie deren Halterinnen und Halter dem kantonalen Register *melden*. Neu ist die Vermittlung von Fahraufträgen mit Taxis oder Limousinen nur erlaubt, wenn die Fahrerinnen oder Fahrer zum *berufsmässigen Personentransport* berechtigt sind.

Mit dieser Bestimmung würden Limousinendienste, die keinen berufsmässigen Personentransport darstellen, wie insbesondere das inzwischen schweizweit eingestellte Angebot *UberPop*, verboten werden. Zudem müssten nicht berufsmässige Fahrerinnen und Fahrer durchgeführte Fahrten in einem Fahrtenbuch erfassen. Dadurch und durch die Kennzeichnung mit einer Plakette soll der nicht berufsmässige Personentransport bei einer Strassenkontrolle durch die Polizei gleichermassen kontrolliert werden können wie der berufsmässige Personentransport.

Eine *Mehrheit* des Kantonsrats unterstützt die Annahme des neuen Gesetzes. Hingegen lehnt *eine Minderheit* das PTLG ab, weil es die Verwaltung aufblasen und attraktive neue Geschäftsmodelle im digitalen Zeitalter behindern würde.

Seinerseits befürwortet der *Regierungsrat* grundsätzlich einheitliche Regeln für alle Taxis im Kanton ZH. Diese müssten aber zu Verbesserungen für die Kundinnen und Kunden führen und im Interesse der betroffenen Unternehmen liegen. Diese Voraussetzungen würde das vom Kantonsrat beschlossene neue Gesetz nach Ansicht des Regierungsrates aus drei Hauptgründen nicht erfüllen:

- Erstens würden die vorgesehenen neuen Bestimmungen weder zu einer sichereren noch zu einer besseren Dienstleistung führen. Aufgrund neuer Hürden, die den Wettbewerb erschweren, sei wohl eher das Gegenteil zu erwarten.
- Zweitens würden die weitergehenden Regelungen für die Limousinenunternehmen einen erheblichen administrativen Aufwand ohne ersichtlichen Nutzen bedeuten.
- Drittens müsste die kantonale Verwaltung aufgrund der Kantonalisierung des Vollzugs des Taxi- und Limousinenwesens neue Ressourcen aufbauen bzw. bereitstellen.

Der Regierungsrat empfiehlt aus diesen Gründen, das vorliegende Gesetz abzulehnen.

Der Kantonsrat hat dem PTLG am 25.03.2019 mit 107 zu 66 Stimmen zugestimmt. Gegen dieses Gesetz wurde das Kantonsratsreferendum ergriffen²⁷. Der Regierungsrat lehnt die Vorlage des Kantonsrates ab.

2. Projekt Rosengartentram und Rosengartentunnel in der Stadt Zürich;

Erlass eines Spezialgesetzes und Bewilligung eines Rahmenkredits

(vom 25. März 2019)

A. Gesetz über eine Tramverbindung und einen Strassentunnel am

Rosengarten in der Stadt Zürich (Rosengarten-Verkehrsgesetz) **NEIN (62.3%)**

Stimmbeteiligung

44.32%

B. Beschluss des Kantonsrates über einen Rahmenkredit für das

Gesamtprojekt Rosengartentram und Rosengartentunnel **NEIN (63.22%)**

Stimmbeteiligung

44.14%

Die Rosengartenachse in der Stadt Zürich hat aufgrund ihrer zentralen Lage im Strassennetz für einen grossen Teil der Kantonsbevölkerung eine wichtige Verbindungs- oder Erschliessungsfunktion. Seit bald 50 Jahren kommt es auf dieser Achse fast täglich zu Staus, Wartezeiten, Verkehrsüberlastungen und Beeinträchtigungen des öffentlichen Verkehrs.

Mit dem Projekt Rosengartentram und Rosengartentunnel wollen die Stadt und der Kanton ZH die Situation nachhaltig verbessern und durch das neue, leistungsfähige Tramangebot den öffentlichen Verkehr stärken.

Die Grundlagen zur Realisierung des Vorhabens sollen durch ein kantonales Spezialgesetz (Rosengarten-Verkehrsgesetz) und einen Rahmenkredit von CHF 1'100 Mio. geschaffen werden. Für die Umsetzung müssen sowohl das Spezialgesetz als auch der Rahmenkredit angenommen werden. Gegen die Vorlage wurde sowohl das Volksreferendum als das Gemeindereferendum (von der Stadt Zürich) ergriffen.

Die Rosengartenachse in der Stadt Zürich hat aufgrund ihrer zentralen Lage im Strassennetz für einen grossen Teil der Kantonsbevölkerung eine wichtige Verbindungs- oder Erschliessungsfunktion. Die Spitzenbelastung auf der Rosengartenstrasse liegt heute bei rund 56'000 Fahrzeugen pro Tag – das sind rund dreimal so viele, wie an einem durchschnittlichen Tag durch den Gotthardtunnel fahren. Die Grundlagen zur Realisierung des Vorhabens sollen durch ein kantonales Spezialgesetz (Rosengarten-Verkehrsgesetz) und einen Rahmenkredit von CHF 1'100 Mio. geschaffen werden. Für die Umsetzung müssen sowohl das Spezialgesetz als auch der Rahmenkredit angenommen werden.

Laut Kantonsbehörden (*Regierungsrat* und eine *Mehrheit des Kantonsrates*) sollen Tram und Tunnel eine dauerhafte Entlastung und Aufwertung ermöglichen. Mit dem Gesamtprojekt Rosengartentram und Rosengartentunnel hätten Stadt und Kanton gemeinsam eine verkehrsträgerübergreifende Lösung erarbeitet, welche die Herausforderungen der Verkehrsentwicklung bewältigen und gleichzeitig die Lebensqualität in den betroffenen Quartieren verbessern soll:

- Das Rosengartentram soll die Achse für den öffentlichen Verkehr stärken, die wachsende Mobilitätsnachfrage aufnehmen und Zürich Nord und Zürich West bzw. Zürich Süd auf direktem Weg verbinden.

²⁷ Vgl. Fussnote 12.

- Der Rosengartentunnel soll den Grossteil des motorisierten Individualverkehrs von der Rosengartenstrasse übernehmen und dessen Funktionalität auf dieser wichtigen Achse gewährleisten, damit soll eine flüssige und siedlungsverträglich Verkehrsabwicklung ermöglicht werden.
- Mit der Entlastung an der Oberfläche soll neben dem Rosengartentram Raum für neues Quartierleben entstehen. Die Rosengartenstrasse soll dadurch primär dem öffentlichen Verkehr, der Quartiererschliessung sowie dem Fuss- und Veloverkehr dienen.



Quelle: Abstimmungsbroschüre, S. 13

Die *Minderheit des Kantonsrates* lehnt hingegen das Projekt «Rosengartentram und Rosengartentunnel», weil sie es als zu teuer erachtet. Es würde nach Auffassung der Minderheit für die seit Jahrzehnten von den massiven Verkehrsimmissionen betroffenen Stadtquartiere keine wirkliche Lösung bringen.

Der *Gemeinderat der Stadt Zürich* lehnt das Projekt Rosengarten ebenfalls ab. Seiner Meinung nach würde das Projekt Rosengarten für viele Stadtquartiere der Stadt Zürich zwischen Milchbuck und weit über den Albisriederplatz hinaus keine Verbesserungen, sondern massive Verschlechterungen bringen. Nicht nur würden Gebäude im Wert von CHF 84 Mio. entlang der ganzen Strecke abgerissen, sondern auch Grünanlagen zerstört und ganze Baumalleen ersatzlos gefällt. Zudem würde sich die Situation aus Sicht des öffentlichen Verkehrs nicht verbessern. Am Albisriederplatz würde die erst vor Kurzem aufwendig sanierte Umsteigedrehscheibe für Tram- und Busspassagiere aufgehoben. Diese als «unsinnig» bezeichnete Planung ist Grund für das von einer deutlichen Mehrheit unterstützte Ergreifen des Gemeindereferendums im Namen der Stadt Zürich.

Laut dem *Referendumskomitee* würde für über CHF 1'100 Mio. lediglich eine Strecke von bloss 700 Metern Länge beruhigt, die nachfolgenden Strassen blieben immer noch mit gleich viel Verkehr belastet. Der Bau der Tunnelportale am Rosengarten und am Bucheggplatz sei zu teuer und überdimensioniert.

Der Zürcher Regierungsrat würde damit spekulieren, dass sich der Bund finanziell am Rosengartenprojekt beteiligen werde. Es sei jedoch unklar, ob dies eintreten werde. Schliesslich würde die projektierte Stadtautobahn allen klimapolitischen Zielen von Stadt und Kanton ZH widersprechen.

Der Kantonsrat hat am 25.03.2019 dem Gesetz über eine Tramverbindung und einen Strassentunnel am Rosengarten in der Stadt Zürich mit 102 zu 64 Stimmen zugestimmt. Dem Rahmenkredit für das Gesamtprojekt Rosengartentram und Rosengartentunnel hat er mit 101 zu 64 Stimmen zugestimmt.

Warum eine Volksabstimmung? Gegen die Vorlage wurde das Volksreferendum ergriffen. Ausserdem hat der Gemeinderat der Stadt Zürich (Gemeindeparlament) das Gemeindereferendum ergriffen²⁸.

3. Volksinitiativen betreffend eine Änderung von § 35 des kantonalen Steuergesetzes

Es kommen zwei Volksinitiativen zur Abstimmung: die Volksinitiative «Für die Entlastung der unteren und mittleren Einkommen (Entlastungsinitiative)» und die Volksinitiative «Mittelstandsinitiative – weniger Steuerbelastung für alle». Beide Volksinitiativen verlangen eine Änderung von § 35 des kantonalen Steuergesetzes. Die Entlastungsinitiative will die unteren und mittleren Einkommen steuerlich entlasten und die höheren Einkommen steuerlich stärker belasten. Die Mittelstandsinitiative will bei der Einkommenssteuer eine Entlastung aller Steuerpflichtigen und die oberste Progressionsstufe abschaffen.

Die beiden Volksinitiativen schliessen sich gegenseitig aus. Kantonsrat und Regierungsrat empfehlen zu beiden Volksinitiativen: Nein.

Bei Annahme beider Volksinitiativen entscheidet die Stichfrage. Zur Stichfrage haben Kantonsrat und Regierungsrat keine Empfehlung abgeben.

3. A. Volksinitiative «Für die Entlastung der unteren und mittleren Einkommen (Entlastungsinitiative)»

NEIN (58.71%)
43.97%

Stimmbeteiligung

Diese (erste) Volksinitiative verlangt eine Änderung der Einkommenssteuertarife: Die tiefen und mittleren Einkommen bis rund CHF 120'000.- sollen entlastet und die höheren Einkommen stärker belastet werden. Dazu will die Volksinitiative die Progression des Einkommenssteuertarifs verschärfen. Die höchste Progressionsstufe soll von 13 auf 17 Prozent angehoben werden. Dies würde bei hohen Einkommen zu Mehrbelastungen bei der Einkommenssteuer von bis zu rund 30 Prozent führen. Die Verschärfung der Progression des Einkommenssteuertarifs würde die steuerliche Attraktivität des Kantons ZH für Steuerpflichtige mit hohen Einkommen stark beeinträchtigen.

²⁸ Vgl. Art. 33 Abs. 2 Bst. a und b der [Verfassung des Kantons Zürich](#), vom 27.02.20015; LS 101.

Die Entlastungen bei den tiefen und mittleren Einkommen würden für verschiedene Gemeinden zu substanziellen Steuerausfällen führen.

Die Volksinitiative verlangt eine Änderung des Grundtarifs und des Verheiratetentarifs der Einkommenssteuer gemäss § 35 des Steuergesetzes²⁹. Der massgebliche Betrag des Einkommenssteuertarifs, bis zu welchem keine Einkommenssteuer zu bezahlen ist, soll wesentlich höher angesetzt werden als heute. Für darüber liegende Einkommen soll die Progression – die Zunahme der Steuerbelastung mit der Einkommenshöhe – verstärkt und im oberen Einkommensbereich stark erhöht werden. Die höchste Progressionsstufe soll von 13 auf 17 Prozent angehoben werden und würde für Alleinstehende ab einem steuerbaren Einkommen von CHF 200'000.- und für Verheiratete ab einem steuerbaren Einkommen von CHF 250'000.- einsetzen.

Das *Initiativkomitee* erkennt verschiedene Entwicklungen, welche Menschen mit tiefen und normalen Einkommen und Renten besonders stark betreffen. So seien zum Beispiel Mietzinsen und Krankenkassenprämien am Steigen oder bereits auf einem sehr hohen Niveau. Steuerbegünstigungen für Menschen mit hohen Einkommen sowie Unternehmen führten zu Ausfällen in der Staatskasse. Diese wiederum hätten Abbaumassnahmen bei der Spitex, bei den Prämienverbilligungen oder bei der Kinderbetreuung zur Folge.

Die Progressionsstufen sei so anzupassen, dass 90 Prozent der Bevölkerung entlastet werde. Die reichsten 10 Prozent würden mehr bezahlen müssen. Dadurch würden die Steuereinnahmen nicht sinken, aber die Verteilung gerechter. Alle Einzelpersonen mit einem Bruttoeinkommen von CHF 0.- bis 130'000.- und Ehepaare mit einem Einkommen bis zu CHF 170'000.- würden durch diese Anpassung profitieren.

Nach Auffassung der *Kantonsbehörden* würde die mit der Volksinitiative vorgeschlagenen Einkommenssteuertarife bei einer rein statischen Betrachtung, das heisst ohne Berücksichtigung von möglichen Zu- oder Wegzügen als Folge der Änderungen, für den Kanton zu einer Erhöhung der Einkommenssteuererträge von rund 5 Prozent führen. Dies entspräche jährlichen Mehreinnahmen von rund CHF 200 Mio. Es sei allerdings davon auszugehen, dass bei Annahme der Initiative Steuerpflichtige mit hohen Einkommen vermehrt aus dem Kanton ZH wegziehen und auch weniger Steuerpflichtige mit hohen Einkommen in den Kanton ZH zuziehen würden. Damit würden die Steuermehreinnahmen gesamthaft betrachtet verkleinert.

Die von der Volksinitiative vorgeschlagenen Einkommenssteuertarife hätten zur Folge, dass der Kanton ZH bei hohen Einkommen eine der höchsten Steuerbelastungen der Schweiz aufweisen würde. Damit würde der Kanton für hohe Einkommen bezüglich Steuerlast zu einem äusserst unattraktiven Standort. Steuerpflichtigen mit hohem Einkommen komme jedoch im Hinblick auf den Steuerertrag eine wichtige Rolle zu. So tragen Steuerpflichtige mit einem steuerbaren Einkommen über CHF 200'000.- rund 35 Prozent zum gesamten Einkommenssteueraufkommen des Kantons bei, obwohl sie nur einen Anteil von rund 4 Prozent der Steuerpflichtigen ausmachen. Sie leisten somit einen wesentlichen Beitrag zur Finanzierung der staatlichen und kommunalen Leistungen. Der Kanton ZH habe daher ein Interesse daran, dass der Kanton und die Gemeinden für diese Steuerpflichtigen nicht unattraktiv werden

Eine *Minderheit des Kantonsrates* stimmt der Volksinitiative «Für die Entlastung der unteren und der mittleren Einkommen (Entlastungsinitiative)» zu, weil sie die Kaufkraft von 90 Prozent aller Haushalte stärken und die zunehmende Entlastung der hohen Einkommen korrigieren würde.

Die Erhöhung der Freibeträge soll zu einer Senkung der Einkommenssteuern bis etwa CHF 100'000.- (Alleinstehende) bzw. 120'000.- (Verheiratete) führen. 90 Prozent der Bevölkerung würden so entlastet.

²⁹ [Steuergesetz \(StG\)](#), vom 08.06.1997, LS 631.1.

Konkret müsste eine alleinstehende Person mit einem steuerbaren Einkommen von CHF 54'800.- CHF 266.- weniger Staatssteuer bezahlen und zudem den etwa gleichen Betrag auch bei der Gemeindesteuer einsparen könnte.

Die nachstehende Tabelle bietet einen Überblick, wie sich die Einkommenssteuer (Staats- und Gemeindesteuern in der Stadt Zürich) bei Annahme der Volksinitiative für *Alleinstehende* verändern würde:

Steuerbares Einkommen	Geltender Einkommens-steuertarif	Mit der Volksinitiative vorgeschlagener Einkommens-steuertarif	Erhöhung/Verminderung der Einkommenssteuer	
	Staats- und Gemeindesteuern	Staats- und Gemeindesteuern		
<i>in CHF</i>	<i>in CHF</i>	<i>in CHF</i>	<i>in CHF</i>	<i>in Prozent</i>
0	0	0	0	0.0
20'000	895	32	– 863	– 96.4
40'000	3'261	2'409	– 852	– 26.1
60'000	6'472	5'892	– 580	– 9.0
80'000	10'296	9'975	– 321	– 3.1
100'000	14'418	14'454	36	0.3
120'000	18'872	19'355	483	2.6
140'000	23'505	24'988	1'483	6.3
160'000	28'543	30'942	2'399	8.4
200'000	38'877	44'591	5'714	14.7
250'000	52'617	64'056	11'439	21.7
300'000	67'390	83'521	16'131	23.9
400'000	97'160	122'451	25'291	26.0
500'000	126'930	161'381	34'451	27.1
600'000	156'700	200'311	43'611	27.8
800'000	216'240	278'171	61'931	28.6
1'000'000	275'780	356'031	80'251	29.1
5'000'000	1'466'580	1'913'231	446'651	30.5

Einkommensbelastung (Staats- und Gemeindesteuern, Steuerfusse 2019, ref./kath., Stadt Zürich) für Alleinstehende (Grundtarif) nach geltendem Recht und gemäss Volksinitiative (Quelle: Abstimmungsbroschüre, S. 26)

Der Verfassungsgrundsatz «Besteuerung nach der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit» sei in den letzten Jahren immer mehr relativiert worden. Die Handänderungssteuer und die Erbschaftssteuer für direkte

Nachkommen sei ganz abgeschafft worden. Zudem seien verschiedene Abzüge, zum Beispiel die Kinderabzüge, mehrfach angehoben worden. Das sei nach Ansicht einer *Minderheit des Kantonsrats* zwar gesellschaftspolitisch wünschenswert, entlaste aber Personen mit hohen Einkommen überproportional.

Die nachstehende Tabelle bietet einen Überblick, wie sich die Einkommenssteuer (Staats- und Gemeindesteuern in der Stadt Zürich) bei Annahme der Volksinitiative für *Verheiratete* verändern würde:

Steuerbares Einkommen	Geltender Einkommenssteuertarif	Mit der Volksinitiative vorgeschlagener Einkommenssteuertarif	Erhöhung/Verminderung der Einkommenssteuer	
	Staats- und Gemeindesteuern	Staats- und Gemeindesteuern		
<i>in CHF</i>	<i>in CHF</i>	<i>in CHF</i>	<i>in CHF</i>	<i>in Prozent</i>
0	0	0	0	0.0
20'000	306	0	– 306	– 100.0
40'000	2'047	1'003	– 1'044	– 51.0
60'000	4'625	3'796	– 829	– 17.9
80'000	7'802	7'048	– 754	– 9.7
100'000	11'188	10'712	– 476	– 4.3
120'000	14'852	14'720	– 132	– 0.9
140'000	18'908	19'231	323	1.7
160'000	23'030	23'971	941	4.1
200'000	31'977	34'963	2'986	9.3
250'000	44'006	51'680	7'674	17.4
300'000	56'950	71'145	14'195	24.9
400'000	85'481	110'075	24'594	28.8
500'000	115'251	149'005	33'754	29.3
600'000	145'021	187'935	42'914	29.6
800'000	204'561	265'795	61'234	29.9
1'000'000	264'101	343'655	79'554	30.1
5'000'000	1'454'901	1'900'855	445'954	30.7

Einkommensbelastung (Staats- und Gemeindesteuern, Steuerfüsse 2019, Stadt Zürich, ref./kath.) für Verheiratete (Verheiratetentarif) nach geltendem Recht und gemäss Volksinitiative (Quelle: Abstimmungsbroschüre, S. 27)

Der Kantonsrat hat die kantonale Volksinitiative «Für die Entlastung der unteren und mittleren Einkommen (Entlastungsinitiative)» am 05.11.2018 mit 125 zu 41 Stimmen abgelehnt.

3. B. Volksinitiative «Mittelstandsinitiative – weniger Steuerbelastung

für alle»

NEIN (71.04%)

Stimmbeteiligung

43.86%

Mit dieser (zweiten) Volksinitiative sollen die Steuerpflichtigen bei der Einkommenssteuer entlastet werden. Bei den tiefen Einkommen sollen mehr Personen ganz von der Einkommenssteuer befreit werden. Bei den mittleren Einkommen soll die Steuerbelastung durch eine Streckung des Steuertarifs reduziert werden. Bei den hohen Einkommen will die Volksinitiative die Steuerbelastung senken, indem die höchste Progressionsstufe von 13 Prozent abgeschafft wird. Diese Senkungen der Einkommenssteuer würden für den Kanton und die Gemeinden zu Steuerausfällen von insgesamt über CHF 700 Mio. führen.

Die Volksinitiative verlangt eine Änderung des Grundtarifs und des Verheiratetentarifs der Einkommenssteuer gemäss § 35 des Steuergesetzes. Im Einkommenssteuertarif soll der Betrag, bis zu dem keine Einkommenssteuer anfällt, im Grundtarif von CHF 6'700.- auf CHF 10'000.- und im Verheiratetentarif von CHF 13'500.- auf CHF 19'000.- Franken erhöht werden. Die darüber liegenden Einkommen sollen durch eine Streckung des Steuertarifs entlastet werden. Die bestehende höchste Progressionsstufe von 13 Prozent soll wegfallen, womit die höchste Progressionsstufe neu 12 Prozent betragen würde. Verglichen mit den geltenden Einkommenssteuertarifen würden die mit der Volksinitiative vorgeschlagenen Tarife für alle Einkommensklassen zu Steuersenkungen führen, soweit die Einkommenssteuer nicht bereits CHF 0.- betrug.

Nach Auffassung des *Initiativkomitees* nahmen der Kanton und die Gemeinden zusammen mit einem Durchschnitt von über CHF 800 Mio. in den letzten beiden Jahren zu viel Steuern ein. In Zukunft soll die breite Bevölkerung steuermässig entlastet werden. Die vorgesehene Streckung des Steuertarifs würde vor allem dem Mittelstand zugutekommen. Die Steuerausfälle in Höhe von CHF 750 Mio. seien angesichts der Überschüsse des Kantons und der Gemeinden vertretbar. Zudem seien Menschen mit hohen Einkommen als wichtige Steuerzahlende im Kanton zu behalten und daher würde sie die Initiative nicht stärker besteuern.

Bei Annahme der Volksinitiative ergäben sich für alle Einkommensklassen wesentliche Steuerentlastungen. Die höchsten relativen Steuerentlastungen bestünden beim Grundtarif für steuerbare Einkommen unter CHF 80'000.- und beim Verheiratetentarif für steuerbare Einkommen von unter CHF 120'000.-, wo die prozentualen Entlastungen 10 Prozent übersteigen und bei ganz tiefen Einkommen zu einer vollständigen Steuerentlastung führen können. Bei einem steuerbaren Einkommen von CHF 200'000.- würde die Entlastung rund 4 Prozent für Alleinstehende und rund 7 Prozent für Verheiratete betragen. Bei den *sehr hohen Einkommen* würde die Entlastung aufgrund des Wegfalls der höchsten Progressionsstufe etwa 7.5 Prozent betragen.

Der *Regierungsrat und eine Mehrheit des Kantonsrates* lehnen die Initiative aufgrund erheblicher Steuerausfälle für Kanton und Gemeinden ab. Gemäss Berechnungen des kantonalen Steueramtes würden die mit der Volksinitiative vorgeschlagenen Einkommenssteuertarife für den Kanton zu Ausfällen bei den Einkommenssteuererträgen von rund 9 Prozent bzw. rund CHF 360 Mio. pro Jahr führen. Dies entspräche rund 5 bis 6 Steuerfussprozenten. Solch hohe Steuerausfälle sind nach Ansicht des Regierungsrates und der Mehrheit des Kantonsrates im Hinblick auf die anstehenden finanziellen Herausforderungen des Kantons nicht vertretbar. So stünden in den nächsten Jahren – nicht zuletzt wegen der stark wachsenden Bevölkerung – hohe Ausgaben an, insbesondere im Bildungs-, Justiz- und Gesundheitswesen, aber auch im Verkehr.

Die nachstehende Tabelle bietet einen Überblick, wie sich die Einkommenssteuer (Staats- und Gemeindesteuern in der Stadt Zürich) bei Annahme der Volksinitiative für *Alleinstehende* verändern würde:

Steuerbares Einkommen	Geltender Einkommenssteuertarif	Mit der Volksinitiative vorgeschlagener Einkommenssteuertarif	Erhöhung/Verminderung der Einkommenssteuer	
	Staats- und Gemeindesteuern	Staats- und Gemeindesteuern		
<i>in CHF</i>	<i>in CHF</i>	<i>in CHF</i>	<i>in CHF</i>	<i>in Prozent</i>
0	0	0	0	0.0
20'000	895	573	– 322	– 36.0
40'000	3'261	2'766	– 495	– 15.2
60'000	6'472	5'775	– 697	– 10.8
80'000	10'296	9'371	– 925	– 9.0
100'000	14'418	13'449	– 969	– 6.7
120'000	18'872	17'699	– 1'173	– 6.2
140'000	23'505	22'279	– 1'226	– 5.2
160'000	28'543	27'166	– 1'377	– 4.8
200'000	38'877	37'297	– 1'580	– 4.1
250'000	52'617	51'037	– 1'580	– 3.0
300'000	67'390	64'777	– 2'613	– 3.9
400'000	97'160	92'257	– 4'903	– 5.0
500'000	126'930	119'737	– 7'193	– 5.7
600'000	156'700	147'217	– 9'483	– 6.1
800'000	216'240	202'177	– 14'063	– 6.5
1'000'000	275'780	257'137	– 18'643	– 6.8
5'000'000	1'466'580	1'356'337	– 110'243	– 7.5

Einkommensbelastung (Staats- und Gemeindesteuern, Steuerfusse 2019, ref./kath., Stadt Zürich) für Alleinstehende (Grundtarif) nach geltendem Recht und gemäss Volksinitiative (Quelle: Abstimmungsbroschüre, S. 35)

Auch für die Gemeinden würde eine Annahme der Initiative zu beträchtlichen Ausfällen bei den Einkommenssteuern von insgesamt rund CHF 390 Mio. pro Jahr führen. Je nach Gemeinde würden sich die Erträge aus der Einkommenssteuer zwischen 7 und 13 Prozent reduzieren. Zudem weisen der Kanton und die Gemeinden insgesamt weiterhin eine Nettoschuld aus. Dank Überschüssen konnte die Nettoschuld in den letzten Jahren etwas abgebaut werden. Dennoch verblieben Ende 2018 beim Kanton CHF 4'600 Mio. und bei den Gemeinden insgesamt CHF 3'300 Mio. Nettoschulden. Das heutige Niveau der Steuererträge sei deshalb auch aus Sicht der Kantons- und Gemeindefinanzen angemessen. Steuerausfälle ohne entsprechende Gegenfinanzierung würden zu einem Anstieg der Nettoschuld oder einem Leistungsabbau führen.

Die nachstehende Tabelle bietet einen Überblick, wie sich die Einkommenssteuer (Staats- und Gemeindesteuern in der Stadt Zürich) bei Annahme der Volksinitiative für *Verheiratete* verändern würde:

Steuerbares Einkommen	Geltender Einkommenssteuertarif	Mit der Volksinitiative vorgeschlagener Einkommenssteuertarif	Erhöhung/Verminderung der Einkommenssteuer	
	Staats- und Gemeindesteuern	Staats- und Gemeindesteuern		
<i>in CHF</i>	<i>in CHF</i>	<i>in CHF</i>	<i>in CHF</i>	<i>in Prozent</i>
0	0	0	0	0.0
20'000	306	45	– 261	– 85.3
40'000	2'047	1'433	– 614	– 30.0
60'000	4'625	3'712	– 913	– 19.7
80'000	7'802	6'647	– 1'155	– 14.8
100'000	11'188	9'853	– 1'335	– 11.9
120'000	14'852	13'412	– 1'440	– 9.7
140'000	18'908	17'076	– 1'832	– 9.7
160'000	23'030	21'189	– 1'841	– 8.0
200'000	31'977	29'735	– 2'242	– 7.0
250'000	44'006	41'364	– 2'642	– 6.0
300'000	56'950	53'959	– 2'991	– 5.3
400'000	85'481	81'386	– 4'095	– 4.8
500'000	115'251	108'866	– 6'385	– 5.5
600'000	145'021	136'346	– 8'675	– 6.0
800'000	204'561	191'306	– 13'255	– 6.5
1'000'000	264'101	246'266	– 17'835	– 6.8
5'000'000	1'454'901	1'345'466	– 109'435	– 7.5

Einkommensbelastung (Staats- und Gemeindesteuern, Steuerfüsse 2019, Stadt Zürich, ref./kath.) für Verheiratete (Verheiratetentarif) nach geltendem Recht und gemäss Volksinitiative (Quelle: Abstimmungsbroschüre, S. 36)

Der Kanton ZH habe im interkantonalen Belastungsvergleich bei mittleren Einkommen bereits heute eine gute bis sehr gute Position. So gehöre der Kanton ZH bei den Alleinstehenden mit Einkommen zwischen CHF 40'000.- und CHF 150'000.- und den Verheirateten mit Einkommen zwischen CHF 80'000.- und CHF 200'000.- zu den acht günstigsten der Schweiz. Die von der Volksinitiative in diesem Bereich vorgeschlagenen Steuerentlastungen werden daher als nicht angebracht bewertet. Weiter lehnten die Stimmberechtigten und der Kantonsrat erst vor wenigen Jahren (2011 und 2014) Vorlagen ab, welche die Streichung der obersten Progressionsstufe des Einkommenssteuertarifs enthielten.

Eine *Minderheit des Kantonsrats* stimmt der Volksinitiative zu, weil sie die Abwanderung von Hochbesteuerten verhindert, die Steuereinnahmen stabilisiere und Steuersenkungen für alle Einkommensklassen vorsieht. Steuerpflichtige mit tiefen und sehr tiefen Einkommen würden deutlich entlastet und der breite Mittelstand, der über die Hälfte aller Einkommenssteuern bezahlt, moderat. Im interkantonalen Vergleich schneide der Kanton ZH bei der Gruppe der rund 30'000 Steuerpflichtigen mit hohen und sehr hohen Einkommen schlecht ab. Diese kleine Gruppe trage mit mehr als einem Drittel einen wesentlichen Beitrag zum Steuersubstrat des Kantons und der Gemeinden bei. Ihre Abwanderung in steuergünstigere Regionen würde den Kanton empfindlich treffen. Mit der Senkung der obersten Progressionsstufe von 13 auf 12 Prozent würde die Standortattraktivität des Kantons Zürich für gut und sehr gut Verdienende deutlich erhöht. Die zu Beginn mit den Tarifsenkungen verbundenen Ertragsausfälle würden durch den erwarteten dynamischen Effekt als Folge des Zuzugs von Steuerpflichtigen mit hohen Einkommen und Vermögen mit der Zeit ausgeglichen.

Der Kantonsrat hat die kantonale Volksinitiative «Für die Entlastung der unteren und mittleren Einkommen (Entlastungsinitiative)» am 03.06.2018 mit 95 zu 73 Stimmen abgelehnt.

Für weitergehende Informationen über die Abstimmung / Pour plus d'informations touchant la votation:

[Kantonale Abstimmungszeitung](#)

[Beilage zur Abstimmungszeitung](#)

[Zurück zur Übersicht / Retour à l'aperçu](#)